

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Freitag, 26. November 1926.

Nr. 276

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzzährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (rüh)

Futtertruppenpolitik.

Seit fünf Wochen steht die Neuwahl des Präsidiums auf der Tagesordnung des Senats. Die neue Regierungsmehrheit hat nämlich die in der Parlamentsgeschichte einzig dastehende Entscheidung gemacht, daß auch die Vertretungen in den parlamentarischen Präsidialkörperchaften Koalitionsfunktionen sind, die bei jedem Mehrheitswechsel neu aufgestellt werden müssen. Darum war einer der ersten Anträge der deutsch-tschechischen Majorität nach der jüngsten Regierungsbildung der auf Erweiterung und Neuwahl des Senatspräsidiums.

Die ganze Aktion läuft auf eine weitere Schwächung des sozialistischen Einflusses in der Legislative hinaus und dient abendreich dem edlen Zwecke, die stärkste deutsche Partei dieses Staates jeder Vertretung in den Parlamentspräsidien zu berauben. Gleich nach den Novemberwahlen verstanden es die deutschen Agrarier, gestützt auf den Schwinkel ihrer zu reinen Wahlzwecken aufgestellten deutsch-ungarischen Wilschmaschlifte — die seitdem als „stärkste Partei“ figuriert, obwohl sie aus drei völlig autonomen Parteien besteht — und gestützt auf die Sympathien der tschechischen Volkstumpen die Vizepräsidentenstelle im Abgeordnetenhause an sich zu reißen. Die einfache Tatsache, daß der eigentliche Klub der Landbändlerischen Abgeordneten nur aus 16 Mitgliedern besteht, zu denen dann als Anhängel die drei Gewerbetreibler und fünf Ungarn kommen, beweist jenen klar, daß dieses eine Mandat bereits auf Kosten des Rechtsanspruches der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ergattert worden ist.

Mit dem Essen wächst bekanntlich der Appetit. Wenn schon die aktivistischen Mannen für die deutsche Bevölkerung keine nationalen Quasiändnisse heranschlagen können, so wollen sie sich offenbar durch kleine persönliche Kränkelder für die unschätzbaren Dienste schuldig halten, die sie der Kramak-Republik durch ihre bedingungslose Liebedienerei leisten. Das ist die einzige Erklärung für die nackte Gabel der Regierungsbewußten, die nun bei der bevorstehenden Neuwahl des Senatspräsidiums eine Vizepräsidentenstelle auf Kosten der einzigen parlamentarisch-präsidialen Vertretung der deutschen Arbeiterschaft fordern. Die einzige Vizepräsidentenstelle, die uns nach den letzten Wahlen das wahrlich nicht stark entwickelte Rechtsempfinden der allnationalen Koalition zubilligte, soll uns nun mit Hilfe und zur Stillung des Macht Hungers der deutschen Bürgerparteien entzissen werden!

Es geht in diesem Falle nicht um den persönlichen Rang eines unserer Parteigenossen, sondern um den klaren Rechtsanspruch von mehr als vierhunderttausend deutschen Arbeiterwählern. Ein solcher Rechtsraub bleibt es auf jeden Fall, ob nun die Landbändler auf das Mandat Anspruch erheben, die aus eigener Kraft die Stimmenzahl unserer Partei nirgends überflügelt haben, oder die deutschen Christlichsozialen, die mit ihren 314.000 Stimmen gegen unsere Stärke um ein volles Viertel zurückbleiben. Der deutschbürgerliche Anwärter, der in dem Rennen um die Vizepräsidentenstelle im Senat Sieger bleibt, wird für alle Zeiten, mit dem traurigen Ruhm belohnt bleiben, seinen persönlichen Ehrgeiz durch einen offenen Rechtsdiebstahl an 411.000 Arbeiterwählern befriedigt zu haben.

In ihrer blinden Machtgier denken die Herren Aktivisten gar nicht daran, daß sie durch ihre tätige Mitwirkung an diesem Mandatsraub für alle Zukunft ein gefährliches Präjudiz schaffen. Ihr Vorgehen ist die formelle Anerkennung des Grundfalses, daß die Teilnahme an der Verhandlungsführung des Parlamentes nicht ein aus der Stärke der betreffenden Partei erfließendes Anrecht, son-

Die Kohlenbarone verweigern jede Zulage.

Samstag beraten die koalitierten Bergarbeiterverbände über die zu treffenden Maßnahmen.

Prag, 25. November. Heute wurde den koalitierten Bergarbeiterverbänden die Antwort des Verbandes der Grubenbesitzer auf die Forderung nach einer 20prozentigen Feuerungszulage übermittelt. Die Antwort der Unternehmer ist nicht nur völlig ablehnend, sondern auch provokativ. Es wird darin behauptet, daß die Lebenshaltung der Bergarbeiter sich gegenüber dem ersten Halbjahr 1923 nicht nur nicht verschlechtert, sondern sogar verbessert (!) habe; angeblich sei sie für Ostirak trotz des 13prozentigen Lohnabbaues im Oktober 1923 um 2,5 Prozent höher. Weiters wird in der Antwort mit dem

Durchschnittsverdienst eines Ostiraker Händers argumentiert, der täglich Ks. 59,90, bei der gesamten Belegschaft 47,75 Ks. ausmache.

Auf Grund dieser falschen Argumente erklärt der Grubenbesitzerverband am Schluß seiner Antwort, daß es den Unternehmern unmöglich sei, den Bergarbeitern irgendwelche Zulagen zu gewähren.

Ueber das weitere Vorgehen der Bergarbeiter wird in einer Sitzung der koalitierten Bergarbeiterverbände verhandelt werden, die Samstag, den 27. ds. in Prag stattfindet.

Die Tschechoslowakei als Verbündete des italienischen Fascismus:

Die Balabanoff darf in Prag nicht sprechen.

Der Regierungsvertreter löst die Versammlung nach den ersten Sätzen der Referentin unter ungeheurer Erregung der Zuhörer auf. Polizei dringt in den Saal ein und räumt ihn. — § 2-Versammlung im „Lidovy Dám“.

Gestern hat sich in Prag ein unerhörtes Ereignis unter empörenden Umständen abgespielt. Für 8 Uhr abends war in den Beinesaal in den Weinbergen von den deutschen Sozialdemokraten eine öffentliche Versammlung einberufen worden, in der die bekannte Vorkämpferin der internationalen Revolution und mutige Bekämpferin des Fascismus, Angelika Balabanoff, über Italien, den Fascismus und Russo-Lini referieren sollte. Der Gegenstand des Vortrages und die Person der Rednerin hatte viele Hunderte Personen herbeigeeufen, die den Saal überfüllten. Vom ersten Augenblick an erschien es schon verwunderlich, daß die Regierung gleich zwei Kommissäre zu dieser Veranstaltung entsenden sollte.

Uebrigens hatte man schon tagsüber einen Vorgeschmack von dem Interesse erhalten, das die tschechoslowakische Regierung und die Polizei dieser Versammlung entgegenbrachten. Genossin Balabanoff wurde auf die Polizeidirektion zitiert und mußte dort über ihre Person und über den Gegenstand ihres Vortrages genaue Auskunft geben.

Trotzdem zwang der einer der beiden Regierungsvertreter die Balabanoff, als sie den Saal betrat, ihm nochmals Rede zu stehen, und verbot ihr, über die italienische Politik zu sprechen.

Ganz abgesehen davon, daß der Regierungsvertreter nur mit dem Vorsitzenden zu verhandeln hat, ist es natürlich lächerlich und empörend zugleich, der Rednerin, deren Vortragssthema doch bekannt war, zu verbieten, über Politik zu sprechen.

Aber es zeigte sich, daß man es von vornherein darauf angelegt

hatte, die Versammlung unter allen Umständen zu verhindern.

Nachdem der Vorsitzende Genosse Dr. Strauß die Rednerin begrüßt hatte — die Nennung ihres Namens allein ist schon für mich einen Beifall aus — und ihr das Wort erteilt, begann sie unter der gespanntesten Aufmerksamkeit der Zuhörer zu sprechen.

Aber sie kam über ein paar einleitende Sätze nicht hinaus.

Saum hatte sie in ihren einleitenden Worten den Fascismus als einen der stärksten und durchbarsten Beweise des politischen Ausflusses der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bezeichnet und das blutige Bild zitiert, das sich schon bei der Nennung Italiens vor unseren Augen entrollt, als der Regierungsvertreter die Rednerin durch den Vorsitzenden unterbrechen und aufmerksamer machen ließ, daß sie über Politik nicht sprechen dürfe.

Die Balabanoff antwortete:
Worüber soll ich denn sprechen?

Diese klare, mutige rhetorische Fragestellung löste tosenden, minutenlangen Beifall aus. Als Genossin Balabanoff aber dann fortsetzen wollte und von der Friedlosigkeit sprach, die über Italien lagere, ereignete sich etwas Ungewöhnliches:

Der Regierungsvertreter forderte vom Vorsitzenden, daß dieser ihn — den Herrn Kommissär zur Versammlung sprechen lasse.

Dieses Ansinnen wurde von dem Vorsitzenden jedoch abgelehnt. Dieser bestand aber darauf,

dem eine Belohnung für braves und folgloses Verhalten gegenüber der zufälligen Regierungsmehrheit ist. Freilich steht das in krassem Widerspruch mit den demokratischen Gesplogheiten in der ganzen Welt. Selbst im österreichischen Reichsrat wurde dem Sozialdemokraten Ferner'sdorfer ein Platz am Präsidentschaftstische eingedäumt. Im deutschen Reichstag ist mit einem kurzen Intermezzo Paul Löbe als die Jahre hindurch der Repräsentant des in seiner Mehrheit bürgerlichen Hauses geblieben, weil sein Rang in der Spitzenzahl der sozialdemokratischen Fraktion begründet ist. Nur in der Tschechoslowakei wurde aus festbegründeter parlamentarischer Gesplogheit eine Reihe von Mandatsräubereien gemacht und dieser Uebung schließen sich nun die Regierungsbewußten freudig an, ohne zu bedenken, daß sie damit den Mehrheitsabsolutismus der allnationalen Koalitionen in Vergangenheit und Zukunft junktionieren.

Hätten die deutschen Sozialdemokraten mit der Regierungspolitik den Anfang gemacht,

so könnte man es in jedem deutschböhmischen Bezirksanzeiger lesen, daß ihre einzige Liebesfeder der Hunger nach den Ministergehältern, und die Freude an den Ministeramt war. Wegen die „marxistische Futtertruppenpolitik“ würde zwischen sich und Troppan der „Vollsturm“ mobilisiert werden. Das aber ist natürlich keine Futtertruppenpolitik, wenn sich zum Gaudium der tschechischen Parteien der Christlichsoziale Hilgenreiner und der Landbändler Luftsch um die Vizepräsidentenstelle der deutschen Sozialdemokraten raufen, das ist edelster Idealismus im Dienste des deutschen Volkes. . . . Wir wissen noch nicht, welcher von beiden dem Herbergöbater Soehla als der verlässlichere Diener erscheinen wird. Die rechtlich denkende Öffentlichkeit wird diesen Beweis deutschbürgerlicher Mandatsräuberei dem Schulbonto des Aktivismus anreichen und die deutsche Arbeiterpartei wird um eine gefährliche Verantwortung dieser Verletzung ihrer politischen Rechte nicht verlegen sein.

zur Versammlung zu sprechen. Ueber diese Sammlung und über die brutale Unterbrechung des Vortrages sowie über die ganze Art des Auftretens des Regierungskommissärs geriet die Versammlung in heftigste Aufregung. Genosse Dr. Czoch, der neben vielen anderen Abgeordneten und Senatoren anwesend war, versuchte sich ins Mittel zu legen und dem Herrn Polizeikommissär das Ungesegelte seines Verhaltens klar zu machen.

Der aber trat vor den Rednerisch und schrie in den Saal, daß er von der Polizeidirektion den Auftrag habe, kein politisches Wort über Italien in der Versammlung sprechen zu lassen, und löste persönlich die Versammlung auf.

Insgeheim hatte sich der andere der beiden Regierungsvertreter aus dem Saale entfernt, zu welchem Zweck, war nicht schwer zu erraten.

Das unerhörte Vorgehen des Kommissärs löste in der Versammlung

Entrüstungstürme

aus. Der Vorsitzende, Genosse Dr. Czoch und die anderen Parlamentarier, darunter auch nicht den anderen tschechischen Genossen, die im Saale anwesend waren, Senator Genosse Soukup, verlangten vom Regierungskommissär energisch eine Erklärung, auf Grund welcher Paragrafen er sich erlaube, persönlich zu der Versammlung zu sprechen, und wie er überhaupt sein unvollständigbares Vorgehen begründe. Derbe Mahnungen kräffelten von allen Seiten auf den Kommissär ein.

Mitten in den stürmischen Auseinandersetzungen wurde von den Vertretern der Versammlung die Mitteilung gemacht, daß sofort im großen Saal des Lidovy Dám

eine § 2-Versammlung

stattfinden werde. Diese Mitteilung wurde von den Versammelten mit tosendem Beifall aufgenommen.

Der Herr Regierungsvertreter, der erst sehr spät und nachdem er von einigen Versammlungsteilnehmern Namensnennung verlangt hatte, sich herbeiließ, seinen Namen zu nennen — Priekel oder so ähnlich heißt der würdige Vorkämpfer unserer Politik — forberte ununterbrochen die Versammelten auf, den Saal zu verlassen, bis endlich die von ihm erwartete Unterbrechung kam und unter stürmischen Protesten und Entrüstungsausbrüchen der Versammlung

die Polizei, etwa vierzig Mann hoch, pöndelbewaffnet in den Saal eindrang und ihn räumte.

Dabei drohte sie vielfach mit Verhaftungen; einer von ihnen wollte sogar den Abgeordneten Genossen Hecker arrestieren, der sich einige Bemerkungen über diese Art der Demokratie erlaubte hatte.

Die § 2-Versammlung begann dann eine halbe Stunde später im Lidovy Dám, dessen großen Saal die tschechischen Genossen bereitwillig zur Verfügung gestellt hatten.

Eine halbe Stunde später drang in den brechend vollen Saal auch hier wieder einer der beiden Regierungsvertreter ein

und unterwarf die Gindrer der § 2-Versammlung, die er so unterbrach, einem hochmepulichen Verhör; er zog erst ab, als man ihm die Einladungen gezeigt hatte.

Das beispiellose Vorgehen der Polizei hat die Empörung gegen den Fascismus nur noch gesteigert, der sich bei dieser Gelegenheit in seiner tschechoslowakischen Gestalt präsentierte. Es ist vollkommen klar, daß die Polizeidirektion wahrscheinlich auf einen Wink der herrschenden Regierung ihrem Vertreter den Auftrag erteilt hatte, die Versammlung unter allen Umständen zu verhindern. Man darf in der Tschechoslowakei nicht über Italien sprechen; man darf es vor allem in Prag nicht, das wieder einmal den Vogel abschossen hat.

Die Balabanoff hat in den letzten Wochen in einer Reihe von Versammlungen in Deutschböhmen meist vollkommen ungestört gesprochen. Der Polizei der Reichshauptstadt blieb es vorbehalten, diesen Skandal heranzubekämpfen, für dessen Bekämpfung im ganzen Ausland wir Sorge tragen werden, damit dieses einen Begriff bekomme, wie es um die Tschechoslowakei bestellt ist. Die sich gestern abends als offene Verbündete Italiens und Russolinis und des blutbesiedelten Fascismus erwiesen hat.

Das Genter System unhaltbar!

Die Mängel unserer sozialpolitischen Gesetzgebung und unsere nächsten Forderungen auf diesem Gebiet.

Referat des Genossen Kofcher in der Budgetdebatte.

Als dieser Staat vor acht Jahren gegründet wurde, erklärten die damaligen Machthaber, daß dieser neue Staat den Arbeitern volle Würdigung, volle Unterstützung in ihren kulturellen Bestrebungen angeben lassen werde. Wenn wir nach diesen acht Jahren die Bilanz ziehen, so ist das Ergebnis äußerst mager.

Wir haben gewiß eine große Anzahl sozialpolitischer Gesetze in diesen acht Jahren erhalten, aber diese Gesetze sind fast durchwegs in ihrem Inhalt mangelhaft, sie entsprechen nicht den Forderungen der Arbeiterschaft, sie öffnen der Willkür in der Auslegung Tür und Tor und haben nicht zur Rechtsicherheit beigetragen, sondern in vielen Fällen ist Rechtsunsicherheit entstanden. Sie tragen den Stempel der schlampigen Gesetzesarbeit an sich (Gen. Böger: ... wie alles in diesem Staate!) und sie tragen auch das Signum der Feindschaft der kapitalistischen Klassen gegen die Arbeiterschaft.

Ich will mich nun heute mit einigen sozialpolitischen Gesetzen befassen und auch mit unseren nächsten Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet. Ein Kapitel, das die Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit am meisten interessiert hat, ist die Fürsorge für die arbeitslosen Arbeiter.

Gegenwärtig befinden wir uns mitten in einer der schwersten Wirtschaftskrisen.

In dieser Zeit muß festgestellt werden, daß der Staat ganz ungenügend für seine arbeitslosen vorgeht und daß das Gesetz über den Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung sich als vollständig unbrauchbar erwiesen hat.

Wir waren Gegner dieses Gesetzes und haben immer die Forderung nach Einführung einer anderen Arbeitslosenfürsorge, der sogenannten Pflichtversicherung, erhoben. Heute sehen wir, welche verheerende Auswirkungen dieses Zuhilfenahme der Arbeitslosenfürsorge nach sich zieht. Wir haben gegenwärtig noch zehntausende Arbeiter, die kurz arbeiten, wir haben zehntausende Arbeiter, die mit der Arbeitslosenunterstützung ausgestattet sind und ohne jede Unterstützung dastehen.

Schon seit Monaten sind bei den meisten Gewerkschaften

die Arbeitslosenkassen vollständig erschöpft und die Gewerkschaften haben Millionenbeiträge aus den anderen Verbandserfordern bereitstellen müssen, um die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung zu ermöglichen.

Millionen schuldet der Staat den Gewerkschaften an Staatsbeiträgen.

Ein solches Verhalten des Staates ist ein offener Skandal. (Zustimmung.)

Holland, das ein ähnliches Arbeitslosensystem hat, hat in der Wirtschaftskrise für die Arbeitslosenkassen 4 Millionen Gulden aufgebracht, ebensoviel wie die Gewerkschaften; und außerdem hat der holländische Staat in einem Jahre den Arbeitslosenkassen eine Million Gulden an Darlehen gewährt. Belgien hat in einem Jahre den Kassen 130 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. In Dänemark besteht ein sogenannter Krisenfonds; wenn die Arbeitslosigkeit ein bestimmtes Maß übersteigt, erhalten die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften aus diesem Krisenfonds Zuschüsse.

Und was geschieht in der Tschechoslowakei?

Nichts! Hier müssen die Gewerkschaften die ganze Last der Arbeitslosenfürsorge fast vollständig allein tragen.

Gegen diese Behandlung der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften werden wir uns mit unserer ganzen Lebenskraft

Im Budget für 1927 hat man den Pappenstiel von 10 Millionen Kronen für die Arbeitslosenunterstützung eingestellt. Hier kommt die ganze Richtung des Staates gegenüber den Arbeitslosen zum Ausdruck.

Der Staat hat für andere Zwecke sehr oft schon ganz andere Mittel bereitgestellt: Ich erinnere nur an die Bereitstellung von Mitteln für die verstaatlichten Banken, sowie an die großen Steuerabschreibungen.

Unsere Forderung ist, daß dieses System der Arbeitslosenfürsorge beibehalten und eine andere Arbeitslosenkassenfürsorge geschaffen werde, die sich auf der Pflichtversicherung aufbaut. Unsere Forderung geht weiter dahin, solange dieses System besteht, den bereits ausgesteuerten Arbeitern noch durch 13 Wochen die Arbeitslosenunterstützung aus Staatsmitteln mindestens in derselben Höhe zu gewähren, wie sie bei den Gewerkschaften bezogen wurde, und diesen Zustand für die Zeit bis zum 1. Juli aufrecht zu erhalten.

Wir verlangen weiter, daß den Gewerkschaften die aufgelaufenen Verwaltungskosten, die in die Hunderttausende gehen und die Anschaffungskosten rückerstattet werden.

Als Beispiel für die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit führt Genosse Kofcher sodann die Union der Textilarbeiter

an. Diese hat seit 1. April 1925 bis jetzt an 34.842 Mitglieder die Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Davon entfallen 8865 Fälle auf das Jahr 1925 und 26.177 auf das Jahr 1926. Gegenwärtig laufen noch annähernd 7000 Unterstützungsfälle, die noch nicht verrechnet sind.

Der Staat schuldet dieser Gewerkschaft nicht weniger als 868.262 K an bereits abgerechneten Staatsbeiträgen.

Von den Verwaltungskosten im Betrage von 291.000 K hat der Staat im ganzen 23.000 K rückbezahlt.

An Unterstützungen hat die Union in den ersten neun Monaten 1925 1.219.000 K ausbezahlt, in derselben Zeit des heurigen Jahres 4.842.000 K.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei einer ganzen Reihe anderer Gewerkschaften.

Genosse Kofcher bespricht dann die bestehenden

Arbeitsvermittlungen,

die vollkommen unzureichend sind, da die Unternehmer nicht die Pflicht zur Anmeldung der frei gewordenen Arbeitsstellen haben und auch nicht der Verpflichtung unterliegen, Arbeiter durch die Arbeitsvermittlungsstellen zu beziehen. Die Gewerkschaften haben so viel wie gar nichts dareinzubringen. Genosse Kofcher legt sich demgegenüber für die Einführung der Zwangsarbeitsvermittlung ein, damit der unwürdige Zustand ein Ende nehme, daß die Arbeiter von Betrieb zu Betrieb wandern gehen müssen, um Arbeit zu finden.

Seit Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes über den

Achtstundentag

sind Bestrebungen im Gange, den Achtstundentag zu durchbrechen. Die kleinen Gewerbetreibenden halten ihn nicht ein und am Lande wird er ebenfalls nicht eingehalten. Dagegen können zehntausende Arbeiter keine Arbeit finden. Das Ueber-

stundenunwesen ist nach den statistischen Ausweisen ständig im Steigen begriffen. Wir fordern, daß der Staat über das strenge Einhalten des Achtstundentages wache.

Solange Arbeitslose da sind, dürfen unter keinen Umständen Ueberstunden bewilligt werden.

Eine weitere wichtige Frage ist die

Rechtsverbindlichkeit der kollektiven Arbeitsverträge.

Die Kollektivverträge sind das Produkt des erfolgreichen Kampfes der Gewerkschaften. Wir haben Verträge, die große Gebiete, ja das ganze Staatsgebiet umfassen. Trotzdem besitzen diese Kollektivverträge bis zum heutigen Tage keine Rechtsverbindlichkeit. Im Zusammenhang damit steht die Einführung der Lohnschiedsgerichte. Wir haben ferner den Antrag eingebracht, daß das Entgelt bei Waffenaübungen nach § 1154 b wieder zu zahlen ist. Auch das Betriebsauschüßengesetz ist abänderungsbedürftig in dem Sinne, daß alle Arbeiter und Angestellten unter das Gesetz fallen. Weiters fordern wir die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenkammern als Gegengewicht gegen die Handels- und Gewerbetreibenden, die Robellierung des Feiertagsgesetzes und des Pensionsversicherungsgesetzes. Die Kündigungsfrist für die Angestellten muß verlängert werden und die Sonntagruhe strikt eingehalten werden. Wir werden uns auch mit aller Leidenschaft gegen die Verschlechterung der sozialpolitischen Gesetzgebung wenden und Angriffe auf das Sozialversicherungsgesetz mit aller Kraft abwehren.

Wir stehen heute einer tschechisch-deutschen Koalition gegenüber, die bemüht ist, die sozialpolitische Gesetzgebung zu verschlechtern, und erlaubt, den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse verhindern zu können. Die Herren werden eine große Enttäuschung erleben. Es haben schon mächtige Staatsmänner gegen den Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung angekämpft als die Herren sind, die gegenwärtig die Ministerbank zieren, und doch haben sie letzten Endes kapitulieren müssen. In einer Arbeitsordnung von Ostböhmen aus dem Jahre 1886 heißt es:

„Die Arbeitszeit beginnt um 5 Uhr früh und endet um 8 Uhr abends.“

Wie wir im Laufe der Jahre den Achtstundentag erreicht haben, so werden wir auch in Zukunft den Kampf um unsere Rechte führen und allen Widerstand, der sich uns entgegenstellt, zu beseitigen wissen. (Beifall.)

Die Willkürherrschaft der Bürokratie.

Rede des Genossen Kat in der Budgetdebatte.

Wenn wir die Zustände in diesem Staate betrachten, so wird uns klar, daß die Worte des Herrn Ministerpräsidenten in seinem Exposé über die im Staate herrschende Demokratie nur Phrasen sind; in keinem anderen Staate wird mit der Demokratie so Schindluder getrieben wie bei uns. Es wird von der Regierung wahrscheinlich als vollkommen demokratisch empfunden, daß in einer Zeit der größten Wirtschaftskrise die Auswirkungen der Inflation bis zur Unerschwinglichkeit gesteigert, daß weiter deutsche Arbeiter und Angestellte aufs Pflaster gesetzt werden, daß man weiter deutsche Schulen droffelt und dadurch unsere kulturelle Entwicklung rücksichtslos unterbindet.

Das nennt man Demokratie in diesem Staate, der sich von Tag zu Tag mehr zu einem polizeilichen Obristenstaat allerersten Ordnung ausbildet, in welchem die Bürokratie eine schrankenlose und brutale Herrschaft aufrichtet.

Vor lauter Demokratie ist man noch nicht zur Reform unseres total veralteten Verwaltungssystems gelangt, so, man ist bemüht, dieses System so zentralistisch als nur möglich zu gestalten und die Selbstverwaltung immer mehr abzubauen. Wir haben ernannte Landes- und Bezirksverwaltungs-Kommissionen und man beabsichtigt sogar, auch für die Sozialversicherungsinstitute Kommissionen zu ernennen. Wir verlangen, daß doch endlich die Wahlen für diese Körperschaften ausgeschrieben werden.

Das im Jahre 1920 geschaffene

Gaugesetz

das uns nicht befriedigen kann und nur ein Surrogat einer Selbstverwaltung darstellt, wurde zwar in der Slowakei durchgeführt, bei uns aber wird kein Anstalten daran abgesehen, so bariert und der Herr Innenminister hat schon erklärt, daß das Gesetz in seiner heutigen Fassung überhaupt nicht durchgeführt werden könne, weil die Gänge zu klein und nicht lebensfähig seien.

In Wirklichkeit wird das Gangesetz aus nationalen Gründen fallen gelassen; die zwei deutschen Gänge Karlsbad und Böhmisches-Tepla sind dem tschechischen Chauvinismus zuwider und müssen deshalb in tschechische Gänge eingegliedert werden.

Die Schaffung derartigen Gangesetze bedroht die deutsche Arbeiterschaft, die in ihren sozialen und kulturellen Bedürfnissen geschädigt wird; sie bedeutet aber auch einen unerschämten Raub des letzten Restes nationaler Autonomie.

Und das alles machen die deutschen Parteien, die jetzt in der Regierung sitzen, widerprüchlich mit,

Freilich, seit diese Herrschaften an der Regierungsspitze sitzen und zum Gotte „Rimn“ (Genosse Schuster: Jetzt beten sie „um Gott“), haben sie aus Liebe zum Gelde ihr wahres Christentum und ihren wahren Nationalismus verschleiert. So wird die nationale Selbstverwaltung auch mit Hilfe der deutschen Regierungsparteien franguliert und die Macht der reaktionären Bürokratie in die Hände gespielt.

Was sich diese Bürokratie an Uebermut leistet, stellt oft die vormärkliche Zeit tief in den Schatten.

Das Vereins- und Versammlungsrecht wird ärger als im alten Oesterreich gehandhabt. Vor allem werden die sozialistischen Vereine spoliert, ihre Versammlungen überwacht und unter den niedrigsten Gründen verboten und aufgelöst. So hat der Rat der politischen Bezirksverwaltung Schüttenhofen, ein Herr Behr, der früher den deutschen Namen Wegner führte, in einigen Monaten nicht weniger als 32 Versammlungen unserer Partei verboten, darunter einen Frauenkongress, einen Kinderkongress und die Matteotti-Feier, die er mit der Begründung unterlagte, daß dies ein Anlaß zu feindseligen Kundgebungen gegen einen fremden Staat und einen Republikananten desselben führen könne. Bei den Matteotti-Feiern war die politische Landesverwaltung überhaupt sehr besorgt und ließ alle Feiern streng überwachen, damit ja kein Wort jubel über den blutbesteckten Henker der italienischen Freiheit, den größten wohnstümlichen Duce, dessen Größenwahn nur pathologisch sein kann, gesagt werde. In Komotau hat die Polizei am Fronleichnamstag einen Kinderausflug durch die Stadt verboten, die Bezirksverwaltung in Pödersam die Teilnahme der Schuljugend an der sozialdemokratischen Weisener unterlag.

Der berüchtigte Karlsbader Polizeikommissar Dr. Botaba

hat sich eine Polizei erworben, die dem Staat besonders Ehre macht. Der Ordnungsdienst dieser Polizei läßt zwar sehr viel zu wünschen übrig, so daß die Stadtgemeinde gezwungen war, eine Art Zivilpolizei zu errichten. Viel lebhafter aber interessiert sich die Staatspolizei für die politische Betätigung der Staatsbürger und schafft Zustände, die von den ausländischen Kurorten nicht unbemerkt bleiben. Noch in aller Erinnerung sind die Vorfälle vom 2. März, wo anlässlich einer Demonstration die Polizisten wie die Wilden häuften.

In den Tagen nach der Demonstration erfolgten Verhaftungen über Verhaftungen,

die Opfer wurden zur Polizei geschleppt, dort blutig geschlagen und dem Gericht übergeben, das schwere Strafen verhängte.

Zeugenschaft gaben nur die Polizisten. Ein Reformerlehrling, der sich nicht legitimieren konnte, wurde zur Wachtube geschleppt und dort demütig geschlagen, daß er bewußtlos zusammenstürzte. Der prügelnde Polizist ist aber heute noch seinen Dienst. Dagegen kamen Wachleute, die nach der Ansicht einiger Spitzel nicht fest genug in die Menge hereingebrochen, in Disziplinaruntersuchung.

Es kann keine Versammlung, kein Fest veranstaltet werden, ohne daß sich die Polizei nicht in der herausforderndsten Weise einmischen würde.

Es vergeht keine öffentliche Versammlung, die nicht wie zu Meternichs Zeiten von einem Regierungsdirektor überwacht würde, der 30 bis 50 Polizisten, bis an die Zähne bewaffnet, mitbringt. Außerdem finden sich in allen Versammlungen massenhaft Spitzel ein. Keine Unterhaltung darf vorüber gehen, ohne daß sie von einem Polizeioffizier besichtigt würde. Zu einem Ball der Karlsbader Lokalorganisation wurde ein großes Aufgebot kommandiert, zu einem gemächlichen Beisammensein der Frauenorganisation stellte sich ein Aufsichtsbeamter ein und präsentierte seine Gebührenrechnung. Alle diese amtierenden Polizeileute müssen nämlich auch noch bezahlt werden. Die Karlsbader Geistlichen können ein Lied davon singen, was sie an Gebühren der Polizei zu entrichten haben. Das sind Zustände, wie sie höchstens noch in Rumänien angetroffen werden.

Ein besonderes Stücken leistet sich die Bezirksverwaltung in Kruman, die die Selbstverwaltung für die englischen Bergarbeiter verboten und trotz der Zulage der politischen Landesverwaltung deshalb vier Bergarbeiter mit 20 K Geldstrafe bestraft hat. Die Behörden sind auch rasch mit dem Schuppeisen bei der Hand, wenn es gegen die Arbeiter geht.

Wir müssen daher mit allem Nachdruck eine Neugestaltung des Vereins- und Versammlungsrechts und die Aufhebung des Prügelpatents, Beseitigung der Sonntagsmahnungen für politische Vereine, Abschaffung des Schuppeisens, sowie die völlige Vereins- und Versammlungsfreiheit fordern.

Rur dann wird sich die Republik zu einem modernen Staatswesen gestalten. Daran denkt die Regierung aber vorläufig nicht. So sind für die Errichtung staatlicher Polizeidämmer allein 4,8 Millionen Kronen vorgezogen. Neben der Polizei steht der allmächtige Bürokratie noch eine ungeheuer Gendarmenmacht zur Verfügung, die einschließlich der Offiziere über 13.000 Mann zählt.

Auf 1000 Einwohner entfällt ein Gendarm, in Karpathienland sogar schon auf 500 Einwohner.

Der Aufwand für die Polizei und Gendarmen ist in der Slowakei noch ungleich größer als in den historischen Ländern. Will man den Slowaken die Liebe zur Republik mit Hilfe der Polizei und Gendarmen beibringen? Die Gendarmen selbst werden in echtem militärischem Drill erzogen und ihnen nicht einmal die Organisierung zum Schutze der wirtschaftlichen Existenz gestattet.

Ein Kapitel für sich bildet die ganz willkürliche Verletzung der Staatsbürgerrechte.

Darunter haben besonders tausende Arbeiter zu leiden, die schon Jahrzehnte in diesem Staate leben und denen trotzdem die Staatsbürgerrechte ohne Begründung verweigert wird. In der Slowakei will man tausende Personen kurzerhand ausweisen. Oft wenden sich die Behörden direkt an die „Narodni jednota“ um Auskunft, und wenn diese ungünstig ausfällt, das heißt, wenn der Bewerber sich nicht zur tschechischen Nation bekennt, so wird das Ansuchen rundweg abgelehnt. Wir fordern, daß alle jene Personen, die gezwungen sind, hier zu leben, auch die Staatsbürgerrechte erhalten.

Charakteristisch ist auch die präliminierte Ausgabe für

die Filmzensur,

die 1,8 Millionen ausmacht. Wir finden die ganze Filmzensur höchst überflüssig, weil dadurch die Herstellung künstlerischer und erzieherischer Filme unterbunden und es dadurch unmöglich gemacht wird, das Kino zu einer wirklichen Bildungstätte auszugestalten. Während man den größten Schundfilm darzubringen läßt, verschandelt man hervorragende Kunstwerke wie den Potemkin-Film. Es muß um die Sicherheit des Staates sehr windig anschauen, wenn zu solchen Mitteln gegriffen wird. Wir fordern daher die Abschaffung der Filmzensur, die in Oesterreich und anderen Ländern längst nicht mehr besteht.

So ist weit und breit auf keinem Gebiete dieses Staates auch nur ein Hauch von wirklicher Demokratie zu spüren. Aus dem gesamten Staatsvoranschlag grinst uns die Frage einer erzkonservativen, kapitalistischen Bürgerregierung entgegen, die ihren Kurs rücksichtslos gegen die Arbeiterschaft richtet und einen schamlosen Verreicherungsfeldzug des tschechisch-deutschen Bürgertums einleitet, der sich auf Kosten der arbeitenden Menschen vollzieht. Dieser Regierung sprechen wir nicht nur unser schärfstes Mißtrauen aus, sondern wir werden ihr auch immerfort und anherhalb dieses Hauses unseren Kampf entgegenstellen! (Beifall.)

Ein Anschlag auf die Sozialversicherung

Ausschluß der Landarbeiterinnen, Hausgehilfinnen und Lehrlinge. — Verkürzung der Renten.

Heute wurde im Abgeordnetenhause ein Antrag der tschechischen Sozialisten verteilt, aus dem die Absicht der bürgerlichen Mehrheit, die Sozialversicherung zu ruinieren, recht deutlich wird. Der Antrag, der gewiß von Herrn Strámel inspiriert ist, enthält eine Reihe ausgesprochen reaktionärer Bestimmungen und daneben einige scheinbare Verbesserungen, die aber in ihren von den Antragstellern natürlich nicht ausgesprochenen Konsequenzen zum Schaden der Versicherten ausfallen müssen.

Offenkundige Verschlechterungen sind die Ausschaltung der Landarbeiterinnen, Hausgehilfinnen und Lehrlinge aus der Altersversicherung.

Die Einreihung der Arbeiter in kleinen landwirtschaftlichen Betrieben in die erste (niedrigste) Lohnklasse, wobei der Begriff „kleine Landwirtschaft“ auf Wirtschaften bis 30 Hektar ausgedehnt wird, und die Bestimmung, daß die Naturalbezüge eine Höchsterreichung um höchstens eine (noch dem geltenden Gesetze drei) Lohnklassen bewirken darf.

Dagegen sieht es außerordentlich loyal aus, wenn verlangt wird, daß die Altersrente schon mit dem fünfundsünzigsten Lebensjahre anfällt, statt mit dem fünfundsiebzigsten, und daß die Witwen mit fünfzig Jahren ohne Rücksicht auf die Invalidität Anspruch auf die Witwenrente haben.

Aber wenn man in Betracht zieht, daß gleichzeitig die Beiträge herabgesetzt werden, so ergibt sich als notwendige Konsequenz des Merkmalen Antrags,

daß die Renten, deren Höhe ja von den bezahlten Beiträgen abhängt, wesentlich verkürzt werden müßten.

Es ist wohl die niedrigste Demagogie, die sich denken läßt, die Arbeiter durch die Verheißung niedriger Beiträge zu ködern und ihnen dabei zu verschweigen, daß damit automatisch eine Herabsetzung der Leistungen, auf welche sie Anspruch haben, verbunden ist. Wenn so die Anträge der Sozialisten anschauen, die immerhin auf ihren proletarischen Anhang wenigstens zum Scheine Rücksicht nehmen müssen, so kann man sich vorstellen, wie erst der agrarische Wunschzettel zur Sozialversicherung aussehen wird.

Den Arbeitern aber wird dieser Anschlag auf die Sozialversicherung hoffentlich die Augen öffnen.

Zweierlei Recht.

Die Senatsmehrheit schützt ihre Mitglieder vor dem Gesetz.

In der gestrigen Senatsitzung gelangten Anfragen der Senatsmehrheit um Auslieferung mehrerer Senatoren zur Sprache, wovon zwei Fälle besondere Aufmerksamkeit verdienen, weil daraus mit geradezu erschreckender Deutlichkeit hervorgeht, daß den Regierungsparteien jedes Gefühl der Unterwerfung vor dem Recht und Unrecht verloren gegangen ist und weil tschechisch- und deutschbürgerliche eine Auffassung vom Immunitätsrecht haben, die dem Wesen und der Bedeutung dieser Einrichtung ins Gesicht schlägt. Die Immunität kann nur den Sinn haben, den Abgeordneten und Senatoren in seiner politischen Tätigkeit zu schützen, ihm die Ausübung seiner Funktion überhaupt möglich zu machen. Das Mitglied einer ordnungsgemäßen Körperschaft wegen der Kritik, die er an den politischen Verhältnissen übt, vor den Richter zu zerren, heißt die Demokratie und den Parlamentarismus untergraben.

Anders sieht es, wenn ein Senator ein Privatdelikt begeht. In diesem Falle ist die Auslieferung selbstverständlich, denn das Gegenteil würde bedeuten, daß ein Mitglied des Parlaments über alle anderen Gesetze steht, ja, daß derjenige, der Gesetz gibt, nicht gebunden ist, sich an diese zu halten. Das muß man in Erwägung ziehen, um das Vergehen der Mehrheit in den beiden angeführten Fällen bewerten zu können.

Der erste Fall betrifft den Senator Kaláček. Dieser wurde von einem gewissen Jan Pazák wegen Ehrenbeleidigung, begangen in der Zeitung „Slovak“ vom 20. November 1925, verklagt. Der Beklagte hatte dem Privatkläger u. a. vorgeworfen, daß er sich Fälle auf fremde Namen ausstellen ließ und er habe, als er geklagt wurde, sich erdrosselt gemacht. Den Wahrheitsbeweis zu erbringen, die Gerichtsverhandlung konnte aber nicht durchgeführt werden, weil Kaláček inzwischen zum Senator gewählt worden war und so nicht die Strafbefugnis an den Senat des Auslieferungsbefehrs stellen. Der Immunitätsausschuß (Berichterstatter der tschechische Nationalpartei Wagner) beschloß, nun fast einstimmig den Senator Kaláček auszuliefern, und begründete es in seinem Bericht an den Senat sehr richtig damit, daß gegen den Kläger das Strafverfahren eingeleitet werden müßte, falls die Behauptungen des Beklagten der Wahrheit entsprechen, daß es also im allgemeinen Interesse sei, wenn es Kaláček möglich gemacht werde, den Wahrheitsbeweis zu führen. Mit der politischen Tätigkeit des genannten Senators habe die Sache nicht das mindeste zu tun, weswegen die Auslieferung beantragt werde.

Der Auffassung des Referenten schloß sich auch Genosse Senator Riehnert an, der u. a. ausführte:

Der Antrag, der von Dr. Ropalík und Genossen eingebracht wurde, widerspricht allen Traditionen und Gepflogenheiten, wie sie bisher in Immunitätsfällen gehandhabt wurden. Der Fall, um den es sich handelt, liegt ganz klar. Senator Kaláček ist wegen Vergehens der Verleumdung geklagt. Es handelt sich um ein Privatdelikt, wie es aus der ganzen Aktenlage und auch aus dem Bericht des Referenten hervorgeht, um eine Sache, die mit der politischen Tätigkeit des Senators Kaláček absolut nicht im Zusammenhang steht. Es handelt sich um schwere Beleidigungen. Der Senat hat sich in solchen Fällen niemals selbst als Gerichtshof etabliert, sondern die Rechtsprechung über solche private Delikte, wie das ganz korrekt ist, dem Gerichte überlassen. Wir haben sicher die Immunität jedes Senators zu wahren. Wir haben hier aber niemandem das Recht auszustellen, unge-

kräft verleumden und beleidigen zu können, und in diesem Falle handelt es sich um eine solche Sache. Es ist ein ganz unerhörtes Vergehen, daß jetzt die Mehrheitsparteien nur deshalb, weil es um eines ihrer Mitglieder geht, mit dem Immunitätsrecht Mißbrauch treiben wollen, indem sie diese Sache, die eine reine Privatangelegenheit ist, an den Ausschuß juristischer Experten, um dort — die Absicht liegt ganz klar zu Tage — sie entweder zu verschleppen oder zur Ablehnung zu bringen. Gegen diesen Vorgang müssen wir auf das entschiedenste Protest erheben. Wir erwarten, daß die Mehrheit des Senates bei dem Brauch bleibt, daß man in privaten Ehrenbeleidigungen niemandem das Recht der Immunität zubilligt und daß man dem Kläger die Möglichkeit gibt, sich auch gegenüber einem Senator sein Recht zu holen, andererseits dem Senator die Möglichkeit gibt, für die erhobenen Behauptungen den Wahrheitsbeweis zu führen. Ein anderer Vorgang müßte jeden Glauben daran zerstören, daß hier nach dem Maße des Rechts gemaßen wird, sondern es wäre dies der Übergang zur offenen Ausübung der Gewalt durch die Majorität. (Beifall.)

Trotzdem also die ganze Angelegenheit ein Privatdelikt ist und doch auch ein Senator nicht eine private Ehrenbeleidigung begehen darf, ohne daß dem Beleidigten die Möglichkeit gegeben wäre, vor Gericht seine Ehre wiederherzustellen, nahm die Mehrheit einen Antrag Dr. Ropalík an, wodurch die Angelegenheit an den Immunitätsausschuß rückverwiesen wurde. Die deutschen Agrarier, Christlichsozialen und Gewerbetreibenden stimmten hierbei mit der Mehrheit. Dieses unerhörte Verhalten der deutschbürgerlichen führte nach der Abstimmung zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen diesen und unseren Genossen, die ihrem Unmut über den Mißbrauch des Immunitätsrechtes lauten Ausdruck gaben.

Genau unerhört benahm sich die Mehrheit in dem Falle des tschechischen Sozialisten Senators Scholz. Dieser war vom Senat schon einmal ausgeliefert worden — freilich waren die Christlichsozialen damals noch nicht in der Regierung vertreten — weil er, der Galizier ist, am 14. November 1925, einen Tag vor den Wahlen, vier ausgehängt hatte, was nach der Wahlordnung verboten ist. Im Verlaufe des Verfahrens trat nun zutage, daß er auch am Wahltag selbst vier verzapft hatte und das Gericht will ihn auch wegen dieses Vergehens belangen. Der tschechisch-nationalsozialistische Berichterstatter Wagner beantragte nun laut Beschluß des Ausschusses die Auslieferung, weil ja der Herrschank des genannten Senators mit seiner politischen Tätigkeit nicht das mindeste zu tun hat. Trotzdem das ganze Haus, einschließlich der Parteigenossen des Auslieferungenden, seinerzeit die Auslieferung beschlossen hatte, stand nun zur allgemeinen Bewunderung diesmal der tschechischsozialistische Senator Bähr auf und wollte das Haus davon überzeugen, daß es sich hier um eine Schikane gegen seinen Parteifreund handle. Sofort erhob sich angesichts dieses Mangels an Rechtsempfinden bei den deutschbürgerlichen Genossen Riehnert, um deren Verhalten ins richtige Licht zu stellen. Er führte aus:

Ich muß mich konsequenterweise auch in diesem Falle gegen den Antrag auf Rückverweisung aussprechen. Der Herr Senator Bähr hat gemeint, es handle sich um eine Schikane, denn es erfolge in einer Sache eine unerhörte Verfolgung. So liegt der Fall nicht. Die erste Auslieferung ist erfolgt, weil Herr Senator Scholz, der überdies auch Vorsitzender der Bezirksvereinschaft der Galizier ist und den übrigen Galizier sicher

in der Befolgung des Gesetzes mit gutem Beispiel vorangehen sollte, einen Tag vor dem Wahltage vier ausgehängt hat. Das ist doch sicher eine Sache, die auch im allerersten Instanz nicht mit der politischen Tätigkeit eines Volksvertreters zusammenhängt. Dasselbe ist bei diesem Auslieferungsvorgang der Fall. Der Senat sollte die Zustimmung von sich weisen, in das Vergehen dieser Sache einzugehen, sondern er sollte sich sagen: Das Gericht verurteilt die Auslieferung wegen eines gewöhnlichen Privatdeliktes, wir haben das überhaupt nicht zu prüfen, sondern dem Begehren stattzugeben. Wenn Herr Bähr meint, es erfolge die Auslieferung in derselben Sache, so hat uns auch das nicht zu beschäftigen, denn auch das ist Sache allein des Gerichtes. Ein Senator hat genau so behandelt zu werden, wie jede private Person. Wenn der Senat auf Reklamation hält, wenn er darauf Wert legt, in der Bevölkerung Ansehen zu genießen, so muß er verhalten, daß der Eindruck erweckt werde, daß wenn man Senator oder Abgeordneter ist, man abwärts das Gesetz übertritten kann. Es ist eine unerhörte Praxis, die eintritt: Wegen politischer Delikte werden Senatoren ausgeliefert, aber wegen privater Delikte, die mit der politischen Tätigkeit überhaupt in keinem Zusammenhang stehen, wird hier die Rückverweisung beantragt, und man sucht im Ausschusse die Klage für den Beschuldigten günstig zu erledigen. Ich bedauere, daß gerade seit dem Eintritt der deutschbürgerlichen in die Mehrheit eine solche Verschlechterung in der Handhabung der Immunitätspraxis eintritt. Gegen die Rückverweisung erhebe ich Einspruch und erkläre: Das, was hier von deutschbürgerlicher Seite beantragt wird, ist nichts anderes als der Versuch einer Korruption, eines Mißbrauchs durch die Mehrheit! (Beifall.)

Trotz dieser klaren, unaufhebbaren Ausführungen geschah nun das Unglaubliche: Der Antrag des Senators Bähr, die Angelegenheit dem Immunitätsausschuß zur nochmaligen Behandlung zuzuwenden, wurde von der Regierungsparteien angenommen. Derselben Parteien, die im Ausschusse für die Auslieferung gestimmt hatten, stimmten im Hause dagegen. Die deutschbürgerlichen haben wahrlich gezeigt, daß sie die Mehrheit unbedenklich, unter Verachtung von Recht und Unrecht, auszunutzen gewillt sind. Mag ein Senator machen, was er will; gehört er der Regierungsmehrheit an, kann er alle Gesetze, die vor und nach dem Umsturz beschlossen worden sind, nach Herzenslust übertreten, er ist unverletzlich. Während oppositionelle Parlamentarier wegen politischer Delikte ausgeliefert werden, bleiben Mitglieder der Regierungsmehrheit selbst, wenn es sich um private Vergehen, die mit der parlamentarischen Tätigkeit eines Senators nicht das mindeste zu tun haben, straffrei. Vor wenigen Monaten noch haben die tschechischen Politiker über die Gewalt und das Unrecht geklagt, das eine rücksichtslose Regierungsmehrheit an der tschechischen Bevölkerung geübt hat. Jetzt sind sie geradezu zu den Vorlämpfern jeder Mißachtung von Recht und Gerechtigkeit geworden. Auch das kommt in ihr Zündensregister, das wir ihnen verhalten werden, wenn die Zeit dazu gekommen sein wird.

Senat.

Die Sitzung des Senats am Donnerstag war abermals sehr kurz. Zunächst wurden die Gesetzentwürfe betreffend die Verträge zwischen italienischen und österreichischen Versicherungsanstalten und tschechoslowakischen Versicherern in Verhandlung gezogen. Die Versicherungssumme solcher Verträge, die im alten Österreich abgeschlossen wurden, müssen in tschechoslowakischen Kronen ausgezahlt werden. Das Gesetz wurde genehmigt. Somit beschloß sich der Senat mit zweiten Lesungen, darunter auch mit dem ungarischen Vertrag, zu dem Mittwoch der Genosse Reyzl gesprochen hatte. Einen Auszug aus seiner Rede findet der Leser anfangs. Zum Schlusse kamen wieder Immunitätsangelegenheiten zur Sprache, wovon insbesondere die Auslieferungsbefehrs wegen der Senatoren Kaláček und Scholz besonderes Interesse auch bei der Bevölkerung finden müssen, so daß es sich lohnt, diese beiden Angelegenheiten besonders zu besprechen. Nach zweistündiger Dauer war die Sitzung zu Ende, nächste Sitzung ist Dienstag.

Der Handelsvertrag mit Ungarn und die Arbeiter.

In der vorgestrigen Senatsitzung sprach über das obige Thema Genosse Reyzl. Er führte u. a. aus:

Wir sind Freunde von Handelsverträgen. Aber wir sind Gegner der Form, wie sie bei uns eingehalten wird, daß man zuerst hohe Zölle eingeführt und dann mit den Nachbarländern über Handelsbeziehungen verhandelt. Schon der Umstand, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, einen günstigen Handelsvertrag mit Ungarn zustande zu bringen, beweist, daß die Verhandlungen mit Ungarn nicht leicht, sondern schwierig sind. Diese Schwierigkeit liegt unserer Ansicht nach hauptsächlich darin, daß wir uns

durch unsere neuen Zölle auf Getreide und Wehl gerade mit Ungarn handelspolitisch sehr verfeinden

haben. Es ist bekannt, daß in dem Augenblicke, wo im Senat der Antrag Donath eingebracht

Das Komattische Kompromiß gefunden?

Ein Komattischer Landesauschuß?

Prag, 25. November. In parlamentarischen Kreisen wurde heute die bestimmte Meldung kolportiert, daß die gestrigen Verhandlungen zwischen Svehla, Rozmar und Juriga zu einem Kompromiß geführt haben. Daß die Slowaken für das Budget stimmen werden, haben sie bereits früher angekündigt. Dennoch werden sie das Ministerium für die Slowakei erhalten, allerdings erst in einigen Wochen; inzwischen sollen die Gänge durch eine Regierungsbildung mit größeren Befugnissen ausgestaltet und eine Art Landesauschuß für die Slowakei als zentrale Körperschaft gebildet werden.

wurden ist, in Ungarn große Empörung zu verzeichnen war. Und das mit Recht. Wenn Sie sich die Ziffern ansehen, die im Monatsbericht stehen, so werden Sie finden, daß Ungarn ein großes Interesse daran hat, seine landwirtschaftlichen Produkte zu uns einzuführen und infolgedessen ist Ungarn von den Jollen, die wir auf diese Produkte gestellt haben, am meisten betroffen. Wenn nun Ungarn mit uns verhandelt, so ist es natürlich, daß es sich schädlos halten wird, indem es verhandelt wird, der Einfuhr unserer Industrieerzeugnisse Schwierigkeiten zu bereiten. Sehen wir uns diese Ziffern an, und wir finden, daß die Einfuhr aus Ungarn zu uns im Jahre 1924 870 Millionen betrug, der Hauptartikel davon ist Weizen mehr im Betrage von fast 300 Millionen Kronen. Wenn Sie nun die Ziffer der Einfuhr betrachten, die wir nach Ungarn ausgeführt haben, so finden Sie in erster Linie in der Gesamtsumme des Viehes die Textilerzeugnisse mit 30 Millionen angeführt. Und das ist der wichtigste Punkt, weil gerade in der Textilindustrie die Krise am tiefsten und nicht verschwindet; wenn sie auf der einen Seite verschwindet, auch sie auf der anderen Seite wieder auf. Nun ist bekannt, daß Ungarn seit den letzten Jahren sich bemüht, die Textilindustrie soviel wie möglich zu fördern. Sie wissen, daß aus unserer Republik sehr viele Industrieunternehmen nach Ungarn ausgewandert sind und daß daher der heutige Zustand mit Ungarn, der Jollkrieg, auch wenn er durch einen Handelsvertrag verbessert wird, veranlaßt, daß in Ungarn selbst eine Industrie entsteht, welche es von unserer Industrieerzeugnissen unabhängig macht. Was Sie mit den Jollen auf Getreide gemacht haben, ist nichts anderes als eine Mauer, die schwere Beweidungen in jollpolitischen Fragen mit unserer Nachbarn schafft. Wenn wir mit Ungarn in einem guten Einvernehmen leben wollen, was der Herr Referent auch wünscht,

wäre es viel besser gewesen, Ungarn mit der Einführung der Getreidezölle nicht zu reizen.

Denn es ist selbstverständlich und begreiflich, daß sich Ungarn an unserer Ausfuhr schädlos halten wird. Für uns kommt in erster Linie in Frage, was unser Staat an dem Verhältnis mit Ungarn profitieren kann. Aus diesem Verhältnis können wir nur Nutzen ziehen, wenn es uns gelingt, uns den ungarischen Markt zu erhalten und alles zu vermeiden, was im Abfall unserer Industrieerzeugnisse irgendwie hinderlich sein könnte. Unsere wirtschaftspolitische Überlegung ist, die genau das Gegenteil ist, wird sich über kurz oder lang auf sehr unangenehme Weise in unserer Volkswirtschaft auswirken. In erster Linie wird eine große Arbeitslosigkeit in unserer Industrie einreten, die dadurch bedingt sein wird, daß unserer Industrie, die so schon rückständig ist und mit den anderen Ländern schwer konkurrieren kann, noch Anspül in den Weg geworfen werden.

Die Blüte des Parlamentarismus im Reiche der neuen Regierung. Das „Prager Tagblatt“ meldete dieser Tage, daß bei der Rede des Abgeordneten Genossen Kaufmann in der Budgetdebatte nur zwei Zuhörer anwesend waren. Diese Meldung ist unvollständig und scheint auf einer Verwechslung zu beruhen. Die anwesende Deute des Hauses, die jene noch übertrifft, die vor zwei Jahren anlässlich einer Budgetdebatte im Reiche der alten Pölla in Wort und Bild die Kunde machte, war die Beileichterzeugung einer anderen Rede. Als der tschechischsozialistische Kunz zum Budget sprach, waren im Saale anwesend der Vorsitzende, der Kandidatendirektor, der Stenograph und der Herr Justizminister, der gerade Inspektion hatte und so die Rede seines Parteigängers mit anhören mußte. Alle diese Zuhörer mußten von amtswegen anwesend sein. Der einzige freiwillige Zuhörer war der Abgeordnete Budík. Nachdem er eine Weile allein das Auditorium der 300 repräsentierten hatte, verließ nachher die Ministerbank und setzte sich neben Budík in die Bank der Abgeordneten. Damit waren immer erst zwei Zuhörer da, vor denen einem alten Brauche zufolge ein Universitätsprofessor sein Kollegium hielt. Aber ein Regierungsbildner ist eben bescheidener als etwa ein Privatdozent für ostasiatische Philologie. Schuld an diesem Verfall der parlamentarischen Sitte trägt natürlich das System der Jollkoalition, die fast noch konsequenter, als die seltsame parlamentarische Debatten und Abänderungsvorschläge grundständig ablehnt, so daß es von vornherein feststeht, daß der Regierungsentwurf unverändert angenommen wird. Was dann einer der Debattemänner Sochlas zu diesem Entwurf zu sagen hat, bleibt allerdings bezüglich gleichgültig und man darf sich nicht wundern, wenn selbst seine eigenen Koalitionsgenossen ihn nicht anhören, sondern den Aufenthalt im Restaurant dem im Saale vorziehen.

Die Budgetdebatte.

Prag, 25. November. Das Abgeordnetenhaus legte heute die Budgetdebatte fort.

Schollitz (D. Nat.) ist den Berichtigungen Hodža in der Schulautonomie gegenüber sehr skeptisch und verweist auf das alte Österreich, wo jedes Volk die Verwaltung seiner Schulen in den Händen hatte und Schulaufsichtungen unbekannt waren. Bei uns habe jeder Einfluß der Bevölkerung auf die Schulverwaltung aufgehört und die Deutschen würden in jeder Hinsicht benachteiligt.

Die Ausführungen des Genossen Kojcher veröffentlichen wir an anderer Stelle.

Der tschechische Volksparteiler Stosel verteidigte in den schärfsten Ausdrücken gegen die heutige Schule los, die in völliger Zerfall begriffen sei; es müsse das Nachkriegsgebäude verschwinden und wieder Ruhe, Konsolidierung, Arbeit, Fleiß und Achtung vor der Autorität Platz greifen und die Rechte des Katholizismus wieder respektiert werden.

Jasa (tsch. Soz. Dem.) lehnt die Angriffe Stosels ab, nimmt die fortschrittliche Lehrerschaft in Schutz und protestiert gegen das Sparsystem in der Schulverwaltung.

Dann trat der christlichsozialer Arbeitersekretär Herr Greif auf, der sich zu behaupten getraute, das größte Augenmerk seiner Partei sei der Sozialen Fürsorge und einer gesunden Sozialpolitik gewidmet; wie könnte man sie da als reaktionär und antisozialistisch bezeichnen! Man höre und staune: einen antisozialen Kurs in diesem Staate zu verhindern, das sei einer der mitbestimmenden Gründe für den Eintritt seiner Partei in die Regierung gewesen! Dann brachte der Herr Arbeitersekretär seine sozialpolitischen Forderungen aus, mit denen er allerdings nicht einmal bei seinen Klubkollegen, geschweige denn bei den Agrariern Glück haben dürfte, die aber als Klavi seinen christlichen Arbeitern gegenüber berechnet sind.

Es ist selbstverständlich, daß diese Ausführungen seitens unserer Genossen von schärfsten Widersprüchen begleitet waren. Zwischen einigen freibleibenden Alexikalen und unseren Genossen entwickelten sich lärmende Auseinandersetzungen, wobei alles Bittere des Vorstehenden nicht fruchtete. Genosse Kay rief dem Redner zu, er möge sich nur an den amnestierten Landwärtler Windirsch, einen bekannten Schatzmacher gegen die Sozialversicherung, wenden, der würde ihm schon den Kopf zurechtsetzen.

Stadth (Nat. Dem.) wurde von dem Ex-polo Hodža unangenehm überrascht; die Erfüllung seines Versprechens über die Schulautonomie hätte nur neuen Terror der Deutschen gegen die tschechischen Minderheitsschulen zur Folge.

Der Stornale Pando konstatiert, daß die Stornalen unter der zentralistischen Herrschaft des Hochbischofs Sotter geraten seien; das zentrale System habe zwischen beiden Völkern einen tiefen Abgrund gebildet, der zum Grab für die Selbständigkeit beider Völker werden könne.

Genosse Mirpal bestritt sich hierauf ausführlich mit dem deutschen Schulwesen; wir kennen ihr inhaltsreiches Referat aus technischen Gründen erst in der nächsten Folge veröffentlichen.

Der tschechische Sozialdemokrat Johanis stellt fest, daß die Fälle eine wesentliche Verleerung zur Folge hatten, die sich bereits in der Häufung der sozialen Krankheiten zeigt; namentlich die Tuberkulose zeigt infolge der wachsenden Unterernährung ein gefährliches Ansteigen.

Stefanek (tsch. Agrarier) polemisiert gegen die staatsfeindliche Politik des Außenministers, welche der staatsfeindlichen Agitation in der Stornale den Boden ebne, und nimmt Hodža gegen die Angriffe Kreibichs und der Nationalsozialisten in Schutz.

Spät abends kommt der Landwärtler Gedina zu Worte, der sich als Obermann des deutschen Schulausschusses seinen Wählern gegenüber mit einer Rede zum Schutze des deutschen Schulwesens auszuweisen muß; innerhalb der Koalition einmal ein unterschiedenes Wort über diesen Gegenstand zu reden und eine Änderung des offiziellen Standpunktes zu erzwängen, wozu sie als Regierungspartei — siehe Stornalen — wider den nötigen Einfluß aufbringen könnten, fällt ihnen allerdings nicht ein. Hauptursache, daß man sich durch eine schone und schwingvolle Rede decken kann! Seine Klubgenossen würdigten diese Rede dementsprechend: kein einziger von seinen engsten Parteigenossen war anwesend und so bildeten unsere Genossen und einige Kommunisten keine einzige, allerdings nicht sehr glänzende Zuhörerschaft, die ihn des öfteren arg aus dem Konzept brachten und die zwiespältige Haltung der Regierungsparteier gründlich brandmarkten.

Gegen Schluß der Sitzung, die bis 11 Uhr nachts dauerte, spricht auch noch der deutsche Gewerkepartei-ler Eckert vor letzten Banken.

Damit war die Redezeit zu der tschechischen Budgetgruppe erschöpft; Fortsetzung der Debatte Freitag, den 26. um 9 Uhr früh. Auf der Tagesordnung steht auch die von Hodža und Slinka gegen Kreibich beantragte Klage.

Die Schuldoffelungen gehen weiter. Aus Douba schreibt man uns: Am dem Tage an dem Minister Dr. Hodža erklärte, daß mit den Schuldoffelungen nun ein Ende ist, wurde uns neuerlich eine Klasse gesperrt und so sind wir als Bezirksstadt mit einer vierklassigen Bürgerschule geblieben bei einer zweiklassigen Volksschule angelangt, was ein Skandal ist. Nächstes Jahr

gibt es, weil nahezu 20 Kinder in die 1. Klasse neu eintreten, wieder eine Parallele. — Und das unter dem angeblich neuen Aktes der tschechisch-deutschen Regierung! Was sagen zu dieser Schuldoffelung die landwärtlerischen und christlichsozialen Abgeordneten des Wahlkreises V-Leipa, die Herren Heller, Böhm und Krump, sowie Senator Krepel? Sind das die Früchte ihrer aktivistischen Politik?

Hü und Hoyt der deutschen Nationalsozialisten. Sie sind im Verband mit den christlichsozialen und agrarischen Regierungsaktivisten und sie machen zugleich in allen deutsch-nationalen Einheitsfronten, wie der von uns zitierte, von der nationalsozialistischen Presse unumwiderrückene Fall Eger beweist. Kein Mensch glaubt diesen zwieschlächtigen ihre Opposition und wenn sie solche mimieren, müssen sie sich in Arbeiterversammlungen die entsprechenden Wahrheiten sagen lassen. Abgeordneter Jung weiß davon ein Lied zu singen. Im schlesischen Spaichendorf feierten ihn die sozialdemokratischen Arbeiter so zu, daß Herr Jung sich zu dem nicht uninteressanten Geständnis gedrängt fühlte:

Der Mordbrauch des Faschismus.

Ein neuer Meuchelmord. — Kinder werden ausgepeitscht. Kampf gegen Briefstauben.

Der „Arbeiter-Zeitung“ wird aus Lugano gemeldet:

Man erzählt erst jetzt von dem Schicksal des früheren Abgeordneten von Toskana, des Rechtsanwalts Salvadori. Bis jetzt hat noch kein faschistisches Blatt gewagt, das Verschwinden Salvadoris irgendwie zu erwähnen. Er sah in seinem Arbeitszimmer, um eine Strafsache zu bearbeiten, die am nächsten Tage vor dem Gericht in Biareggio verhandelt werden sollte. Ein junger Mensch, der vorgab, in dieser Sache dringende Mitteilungen machen zu können, wurde in das Arbeitszimmer eingelassen und feuerte sofort. Salvadori brach getroffen über seinem Schreibtisch zusammen. Gleichzeitig stürzten sich zehn andere Faschisten in den Raum und bearbeiteten das Opfer, als sie es noch lebend voranden, so lange mit den Messern, bis es tot war. Der Leichnam wurde in schändlicher Weise verstümmelt. In Neapel

„Sie wissen ja gar nicht, ob wir nicht schon morgen aus diesem Verband austreten werden, die erste beste Gelegenheit kann dazu führen.“

Man braucht diesen notgedrungenen Ausspruch des Herrn Jung aber durchaus nicht für sehr ernst halten. Der „Krieg“ nationalsozialistischer Politik entspricht es schon, das Eisen überall hinzuhalten, wo ein bürgerliches Feuer brennt. Und sie werden darum demütlich auch solange im Deutschen Verband bleiben, bis man sie dort auch als Anhängsel nicht mehr nötig hat. Die deutschen Agrarier und Christlichsozialen haben bereits mit den Vertretern der übrigen Regierungsparteien eine neue Weike gebildet, deren Zensur alles unterworfen ist, was von Seiten des papierernen Deutschen Verbandes und seinen Parteien etwa gewünscht wird. Neben dieser Weike laufen nun die deutschen Nationalsozialisten und wissen nicht wohin. Gelegenheit zum Austritt hätten Jung und Genossen jeden Tag. Aber sie bleiben drinn, weil die andere, „böhsche“ Einheitsfront noch nicht ganz perfekt ist und weil ohne Anlehnung an irgendeinen Flügel des Bürgertums der Nationalsozialismus sich ja selbst aufgab.

brach eine Bande in das Haus des bekannten Sozialdemokraten Professors Arturo Labriola ein. Sein vierzehnjähriger Sohn wurde unbeschadet angetroffen und in diesem Zustand durch die Straßen von Neapel gepeitscht. Die Erregung darüber ist umso größer, als Labriola auch im gegnerischen Lager großes Ansehen genießt. Der berühmte Historiker Guglielmo Ferrero war angefordert worden, an der Universität in Genf einige Vorlesungen zu halten. Mussolini hat angeordnet, daß ihm der Paß verweigert wird, und läßt ihn auf Schritt und Tritt bewachen. Aufgebracht darüber, daß die Wahrheit über die Zustände in Italien trotz allen Gegenmaßnahmen regelmäßig in das Ausland gelangt ist, hat Mussolini strengste Ueberwachungsmaßnahmen für alle Grenzbahnhöfe erlassen und außerdem angeordnet, daß alle im Grenzgebiet wandernden Briefstauben abgelassen werden.

aus einem Militärgewähre erschossen hat. Den Selbstmord verurteilt er im Dienste als Wachposten bei der Hauptwache. Unter dem Vorwande, auf den Anstandsort zu gehen, entfernte er sich zur Kompanie, nahm eines von den am Gang hängenden Weicheren, und ging auf den Anstandsort, wo er sich erschoss. Beweigung der Tat soll unglückliche Liebe sein.

Zur amtlichen Nachricht über den Tod des Soldaten Wilhelm Anton konstatiert das Kommando der 1. Inf. Division, daß der Grund zum Selbstmorde nicht in zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen ist. Auch den Familienangehörigen sei es nicht gelungen die Ursache der Tat aufzuklären. — Auch sei die Familie davon überzeugt, daß der Grund der Tat nicht im Militärdienste zu suchen ist.

Eisenbahn-Unfall.

Pölen, 25. November. Die Staatsbahndirektion in Pölen teilt mit: Am 24. d. M. fuhr auf der Strecke zwischen Kotschan und Oltsch bei diesem Nebel ein sogenannter Raschitzenzug auf eine Notordlinie. Bei dem Unfall fanden die Oberbau-Arbeiter Bernasch und Jelen den Tod. Die Ursache des Unfalles wird untersucht.

Steuerverleichterungen für Arbeiter. Das Finanzministerium hat mit dem Erlasse vom 15. 11. 1926, S. j. 108.360/III, nachstehende Erleichterungen bei dem Abzuge der Einkommensteuer vom Lohne bei den Arbeitern durch den Dienstgeber bewilligt. Jenen Arbeitern, welchen die Abzüge an Einkommensteuer, ob freiwillig oder zwangsweise, ob 3 Prozent oder höher oder niedriger durch den Dienstgeber mindestens von der ersten Lohnauszahlung im Jänner 1926 durchgeführt wurden, wird bewilligt, daß die Abzüge von der ersten Auszahlung im Monate November 1926 angefangen, bis Ende des Jahres 1926, auf die Hälfte der bisherigen Höhe ermäßigt werden. Diesen Vorteil schließt nicht der Umstand aus, daß den Arbeitern in der bezeichneten Frist die Abzüge aus dem Grunde nicht durchgeführt wurden, weil ihr Verdienst bei der wöchentlichen Auszahlung nicht wenigstens 140.01 Kr. bei diesbezüglichen 14-tägigen Auszahlungen nicht wenigstens 280.01 Kr. bei wöchentlichen nicht wenigstens 560.01 Kr. betragen hat. Demgegenüber werden von diesem Vorteile jene Arbeiter ausgeschlossen, denen in der bezeichneten Zeitperiode eine längere oder kürzere Zeit diese Abzüge nicht gemacht wurden. Interdiktionen über weitere Erleichterungen oder um vollständige Befreiung sind gegenstandslos, weil das Finanzministerium grundsätzlich darauf besteht, daß die Abzüge im Sinne des Erlasses vom 25. 2. 1926, S. j. 16.340/26 bis Ende des Jahres 1926 durchgeführt werden.

Tagesneuigkeiten.

Die Arbeiter essen zu gut — drum haben sie auch Rheumatismus.

Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist dennoch so: auf einem „Selbstverwaltungs“-Kongreß der tschechischen Nationaldemokraten äußerte sich vor kurzem ein Herr Dr. Otto Urbanek, seines Zeichens Sanitätsrat, in folgender Weise über die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Rheumatismus:

„Es ist Demagogie, wenn die Sozialisten behaupten, daß es bei uns eine Unterernährung gibt. Die neuesten Ausweise über andere Krankheiten dokumentieren, daß der größte Prozentsatz an Rheumatismus, als Folge bedenkender Ueberernährung sich gerade in den niedrigsten Schichten zeigt.“

Das hat dieser famose Arzt wirklich gesagt und wem nicht glaubt, mag in den „Morodni Disty“ sich davon überzeugen. Die Arbeiter darben entweder bei Hungerlöhnen oder tragen, von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zur Verzweiflung gebracht, ihr letztes Gab und Gut ins Verfabamt, um sich vor dem Verhungern zu schützen — der wissenschaftliche Amokt der Nationaldemokratie aber findet sie überernährt und führt den Rheumatismus, an dem so viele Arbeiter leiden, auf ihre Bällerei zurück!

Die Erwidernng, die angesichts solcher Behauptung sich auf die Lippen und in die Feder drängen will, würde ein Delikt darstellen und muß daher leider unausgesprochen bleiben. Da aber solch ein halbfaschistischer Klopffechter des Kapitalismus, wie man diesen Dr. Urbanek sich vorstellen mag, durch ein Arbeiterblatt von seiner geschäftigen Borniertheit kaum abdrängen sein dürfte, so wollen wir seinem Zeugnis ein anderes entgegenstellen, an dem der wackere staatsfeindliche Sanitätsrat wohl doch nicht achtlos vorbeigehen dürfte. Ingenieur Santirubel, der oberste Beamte der tschechoslowakischen Gewerbeinspektion, liegt in amtlichen Bericht des Gewerbeinspektorats über das Jahr 1925 darüber, daß infolge schlechter Heizung und mangelhafter hygienischer Vorkehrungen in den Fabriken die Arbeiter vielfach an Rheumatismus leiden. Nimmt man noch hinzu, daß die meisten Arbeiter elend wohnen und unzureichend bekleidet sind, so hat man die Hauptursachen des professionellen Rheumatismus. Daß es außerdem auch noch einen Rheumatismus als Folge üppigen Lebens gibt, wollen wir dem faschistischen Weidmann nicht bestreiten. Nur daß sich diese Rheumatiker ausschließlich aus der Klasse und Gesellschaft des Herrn Dr. Urbanek rekrutieren.

Wieder ein Soldatenselbstmord!

Aus Troppau wird uns unter dem 24. November gemeldet, daß sich am Montag der Infanterist Josef Grabovskij der ersten Kompanie des 8. Infanterieregimentes in Riffel

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

8.30: 11. Mittagskonzert. 1. Vortrag: Der Weltkrieg. 2. Uebung: Was den Kampftönen des Offiziers. 3. Klarinettsolo. 4. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 5. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 6. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 7. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 8. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 9. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 10. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 11. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 12. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 13. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 14. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 15. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 16. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 17. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 18. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 19. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 20. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 21. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 22. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 23. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 24. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 25. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 26. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 27. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 28. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 29. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 30. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 31. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 32. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 33. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 34. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 35. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 36. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 37. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 38. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 39. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 40. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 41. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 42. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 43. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 44. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 45. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 46. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 47. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 48. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 49. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 50. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 51. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 52. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 53. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 54. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 55. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 56. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 57. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 58. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 59. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 60. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 61. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 62. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 63. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 64. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 65. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 66. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 67. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 68. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 69. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 70. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 71. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 72. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 73. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 74. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 75. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 76. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 77. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 78. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 79. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 80. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 81. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 82. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 83. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 84. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 85. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 86. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 87. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 88. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 89. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 90. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 91. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 92. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 93. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 94. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 95. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 96. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 97. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 98. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 99. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 100. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses.

Deutschland.

15.30: 11. Mittagskonzert. 1. Vortrag: Der Weltkrieg. 2. Uebung: Was den Kampftönen des Offiziers. 3. Klarinettsolo. 4. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 5. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 6. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 7. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 8. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 9. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 10. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 11. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 12. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 13. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 14. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 15. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 16. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 17. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 18. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 19. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 20. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 21. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 22. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 23. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 24. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 25. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 26. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 27. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 28. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 29. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 30. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 31. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 32. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 33. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 34. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 35. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 36. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 37. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 38. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 39. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 40. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 41. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 42. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 43. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 44. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 45. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 46. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 47. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 48. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 49. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 50. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 51. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 52. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 53. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 54. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 55. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 56. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 57. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 58. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 59. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 60. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 61. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 62. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 63. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 64. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 65. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 66. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 67. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 68. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 69. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 70. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 71. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 72. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 73. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 74. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 75. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 76. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 77. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 78. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 79. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 80. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 81. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 82. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 83. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 84. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 85. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 86. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 87. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 88. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 89. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 90. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 91. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 92. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 93. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 94. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 95. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 96. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 97. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 98. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 99. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses. 100. Uebung: Beschlüsse des Nationalkongresses.

Beige, Boyzel, weichel Skandal und Feigheit haben sich vollendet: das große deutsche Drama „Boyzel“ in seiner Vertonung von ... an Berg ist endgültig vom Spielplan des Prager tschechischen Nationaltheaters abgesetzt worden, die wackeren beamteten Hüter von Kunst und Ordnung sind dem Terror einiger faschistischer Gastsetzungen gewichen. Ja, der hochweise Landesverwaltungsamt hat nicht nur das Stück, das dreier Monate sorgfältiger Vorbereitung bedurfte, vom Spielplan entfernen, sondern auch eine geschlossene Aufführung im Rahmen der tschechisch-sozialdemokratischen Arbeiter-Akademie untersagt, weil „sich die Skandalisierungen wiederholen können“. Der Intendant des Nationaltheaters, Kera, ein tschechischer Genosse, hat daraufhin keine Partei ergriffen, kein Amt dem Landesverwaltungsamt zur Verfügung zu stellen. — Wir haben seinerzeit, als Josefisten in unerhörter Weise den „Boyzel“ verhindert hatten, die Ansicht ausgesprochen, daß dieser im ganzen Ausland bekannt gewordene Skandal dem Ansehen der tschechischen Bühne demnach nicht zu haben vermochte, wenn man durch furchtlose Wiederholung der Aufführungen bewiese, daß man die Freiheit der Kunst gegen die Frechheit der Buben zu schützen wisse. Da man nun aber die kunstfeindliche und launische Rotte der Josefisten siegen läßt, hat man sich jeden Anspruch auf Achtung gegeben und der Landesverwaltungsamt trägt die Verantwortung dafür, wenn man jetzt das tschechische Nationaltheater als eine Stätte betrachtet, an der die Kunst der Zensur nationalsozialistischer Prozeduren unterliegt.

15. tschechoslowakische Klassenlotterie. (Grundzahlen 22 und 58.) 300.000 K: 150752; 20.000 K: 43332; je 10.000 K: 45058, 144032; je 5000 K: 5552, 27358, 34358, 55358, 48752, 64352, 85452, 99058, 99452, 100652, 129352, 139552, 145352, 150352, 162458, 182252, 199652, 219858, 221552, 222952, 237452; je 2000 K: 10058, 12752, 15452, 16058, 19152, 32558, 34352, 50052, 52952, 59152, 76158, 82258, 87558, 87852, 98752, 101958, 106352, 116358, 125358, 127352, 131752, 131858, 132458, 144458, 145158, 148258, 154032, 160458, 167658, 172458, 185352, 201152, 206758, 211052, 217358, 217552, 228458; je 1000 K: 652, 9752, 12158, 12558, 18352, 18558, 20658, 23352, 26152, 26858, 37652, 41552, 41758, 42752, 47852, 48152, 52458, 52652, 59652, 61858, 62852, 63258, 67752, 68458, 70158, 77458, 80152, 82352, 85652, 85752, 86458, 88052, 88558, 92658, 93952, 94958, 96358, 97358, 107152, 111458, 111952, 112858, 116858, 116858, 119058, 122758, 129452, 129558, 131858, 132158, 137758, 144758, 151858, 154358, 156752, 169058, 169058, 170058, 173852, 174158, 177152, 178952, 181352, 181452, 182558, 186152, 186358, 192558, 192558, 192558, 194452, 196252, 197352, 197352, 198558, 202252, 204458, 207552, 208158, 214758, 215458, 217152, 217158, 221658, 224758, 226158, 226558, 226552, 227952, 238858.

Die Massenwanderung aus Ungarn. Die Arbeiter-Empfängerzeitung „Zemaculo“ schreibt: Die grausamen Verfolgungen und die Wirtschaftskrise, die seit dem Jahre 1919 in Ungarn herrscht, haben viele Arbeiter veranlaßt, ihre ungarische Heimat zu verlassen. Bei den Gewerkschaften haben sich in den letzten drei Jahren 13.967 Arbeiter nach dem Ausland abgemeldet; sie sind ausgewandert nach:

Table with 2 columns: Country and number of workers. Includes France (7441), Romania (2020), Germany (1294), Czechoslovakia (956), Yugoslavia (751), Austria (581), and other countries (924).

Nach Berufen wanderten aus:

Table with 2 columns: Profession and number of workers. Includes Bergarbeiter (6084), Eisenarbeiter (1009), Schuhmacher (825), Holzarbeiter (675), Fleischer (499), Bauarbeiter (574), Bäcker und Mäler (372), Schneider (227), and other professions (2462).

Nach den offiziellen staatlichen Statistiken verließen das Land:

Table with 2 columns: Year and number of workers. Shows 1921 (371), 1922 (1703), 1923 (2535), and 1924 (8228).

In den letzten fünf Jahren haben von je 39 Menschen einer Ungarn verlassen, in Prozenten ausgerechnet: 2,6 Prozent der Bevölkerung!

Ein feiner Gouverneur. Wie die Londoner „Morning Post“ aus Washington erfährt, wurde der Gouverneur des Staates Alabama von der Polizei in einer Räumlichkeit verhaftet, in welcher er in einer Gesellschaft Karten spielte. Auf den Tischen lagen zwölf Flaschen Whisky vorgefunden worden. Der Staat Alabama ist einer der „trostlosen“ Staaten.

Rebel in London. Ueber ganz Großbritannien liegt dichter Nebel und in den letzten Tagen stuhnten auch bei Tage die Straßen beleuchtet werden. Der Straßenbetrieb war ebenso wie der Eisenbahnbetrieb und der Fluß- und Seeverkehr stark beeinträchtigt. Es kam zu einigen Unfällen, bei denen jedoch niemand ernstlich zu Schaden kam. Ein Unfall größerer Bedeutung war ein Zusammenstoß zweier Personenzüge in Southend. Die Hitze fuhren in sehr langsamem Tempo um diesem Umstande ist es zu verdanken, daß eine Reihe von Passagieren nur, leichtere Verletzungen erlitt und nur in zwei Fällen eine Behandlung im Krankenhaus notwendig wurde.

Die „Prager Presse“ und ihr Filmkritiker. Das deutsch geschriebene Regierungsorgan hat einen Filmkritiker. So etwas haben andere Blätter auch, aber nicht jedes Blatt hat einen mit den literarischen Kenntnissen ausgestatteten „Jap“. Der bespricht in der „P. P.“ vom 25. d. M. den Film „Die Glenden“ nach dem Roman von Viktor Hugo und erinnert daran, daß in Prag vor 15 bis 18 Jahren schon einmal eine Verfilmung des Romans im Film gezeigt worden sei. Wirklich schweigt der „Jap“.

In unserem Gedächtnis sind nur mehr blasse Erinnerungen daran zurückgeblieben, das Bild Jean Valjeans, von einem französischen Schauspieler trefflich dargestellt, und jenes des Krüppels Quasimodo sind vielleicht die letzten Reminiszenzen.

In 18 Jahren kann man allerdings allerhand verbessern, sogar den Inhalt eines Filmes. Aber als Kritiker eines hochförmigen (und auch sehr kostspieligen) Blattes konnte der „Jap“ doch wissen,

daß Quasimodo die Hauptfigur des Gländners von Notre Dame ist und in den „Glenden“ nicht vorkommt. Der „Jap“ weiß es aber nicht, denn er bestätigt seine Ignoranz noch ein zweites Mal indem er von dem neuen Film schreibt:

„Die neue Filmbearbeitung Les Miserables, von Cine-Dance West durchgeführt, rückt vielleicht das Werk aus dem Fantastischen (die Gewalt Quasimodos ist im neuen Film gestrichen) mehr in das Menschliche hinüber.“

So, jetzt haben sie gar den armen Quasimodos ganz gestrichen, wo er doch vor 18 Jahren noch frisch und munter auf der Leinwand (vom Jap) gesehen wurde. Wenn sich nur Viktor Hugo nicht im Grabe umdreht. Freilich sollten auch die Herren Redakteure der „P. P.“ solchen Aufstun nicht durchlassen. Was aber wird man in Paris sagen, wenn man die „Kunstkritik“ „Japs“ in dem für die Auslandspropaganda mit Strengegebern erhaltenen Regierungsorgan liest? Und scheint, daß solche Kunstkritiken keineswegs geachtet sind die Auslandspropaganda wirksam zu betreiben, sie können uns aber eben darum nur recht sein.

Bäderausstellung auf der Prager Frühjahrsmesse. Auslösch der 14. Prager Frühjahrsmesse (20.—27. März 1937) wird in einem eigenen Pavillon auch eine Uebersicht über das tschechoslowakische Badewesen und die damit zusammenhängenden Industriezweige gegeben werden.

Typhus in Währen. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen breitet sich die Typhusepidemie in Währen, besonders in der Umgebung von Olmütz und Bittau weiter aus. In Toloslas erkrankten drei Personen und in Wislomeritz, Dobromelitz und Rostein insgesamt zwölf Personen. Auch in Litzan erkrankten dieser Tage einige Personen an Typhus und weitere Neuerkrankungen werden gemeldet. Im Laufe von wenigen Tagen wurden in die Krankenhäuser in Währisch-Neustadt, Währisch-Schönberg und Olmütz mehr als dreißig Personen eingeliefert. In Litzan war ein Brunnen mit unreinem Wasser die Ursache zum Ausbruch der Seuche. Der Brunnen wurde behördlich gesperrt.

Nach einem Autounfall irrsinnig geworden. Ein Auto geriet dieser Tage auf der Fahrt unweit von Bretau in den Straßengraben, wobei der Lenker mit dem Kopf an das Steuerrod blieb. Der Verletzte wurde ins Bretau Krankenhaus gebracht, wo er jedoch Anzeichen von Sinnesverwirrung zeigte. Er begann schließlich damit zu wüten, daß er in eine Zwangsjacke gefesselt werden mußte. Der Unfalltätige wurde der Heilanstalt in Kremsier übergeben.

... weil er zuviel aß. In Malhotz bei Währ-Weißkirchen hat dieser Tage Josefa Oraby mit Hilfe ihrer Mutter ihren Mann vergiftet. Der Verdacht der Mordtat ist ein ungewöhnlicher, da die Mörderin beim Verhör angab, ihrem Mann deshalb Gift in das Essen gemischt zu haben, weil er zu viel aß. Beide Frauen wurden verhaftet und dem Gericht in Währ-Weißkirchen eingeliefert.

Amerikareise einer großartigen Dichterin. Gräfin de Séguz, zeitgenössische französische Dichterin der sogenannten besten Gesellschaft, hat eine Reise nach Amerika unternommen. Aus der wöchentlichen Presse erfährt man in zerschnitzelter Aufmachung, was sie von Paris alles mitgenommen hat: 97 Röben, 7 Kostüme, 15 Coiffuren, 33 Hüte, 100 Paar Strümpfe, 123 Paar Schuhe, 70 Paar Handschuhe, 127 Koffer. In ihrer Begleitung befinden sich 30 Schauspieler, 150 Sänger, 2 Sekretäre, 2 Josen, 2 Anklebefrauen, 2 Massagen, 2 Friseurinnen und 3 Desklidie; schließlich auch der Herr Gemahl.

Ride Bühne. Der Oberwachmeister Heinze hatte in einer Insinuation seine 17jährige Tochter

mit ihrem 21jährigen Freunde im Hamburger Stadtpark überführt. Als der Vater die Tochter mit einem Gummihüpfel schlug und der junge Mann dem Mädchen zu Hilfe eilen wollte, wurde er von dem Vater durch mehrere Revolverkugeln getötet. Das Hamburger Schwurgericht verurteilte jetzt Heinz wegen vorläufiger Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu einem Jahr Gefängnis.

Der verräterische Radioapparat. Mit Hilfe eines Radioapparates habe die Berliner Kriminalpolizei durch Zufall fünf große Einbruchdiebstahle aufgeklärt. Ein Kriminalbeamter, im Nebenberuf eifriger Radiomaneur, mußte in letzter Zeit zu seinem Apparat ständig Störungen feststellen. Diese konnten nur von einem Reaktor in der Wohnung des Funkgeräts stammen. Auf der Suche nach dem Täter fand man den Besizer in der Nachbarschaft in die Wohnung des 25 Jahre alten Kurt Conje, eines der Kriminalpolizei bekannten Konfektionsunterbrechers. In der Wohnung fanden sich Belg., Seiten- und Textilwaren. Außerdem konnte festgestellt werden, daß Conje Lieferant einer Kleidererei in Berlin-Schöneberg war. Hier hat er einen Teil seiner Wäsche zu normalen Preisen angeboten und abgeleitet. Conje war im Oktober an einem Einbruch in ein Seidengeschäft beteiligt, wo er für 20.000 Mark Ware erbeutete; ungefähr zur gleichen Zeit liefen für 8000 Mark Konfektionsstoffe in seine Hände. Am 2. November hat er in Stolp in Pommer für mehrere tausend Mark Wäsche gestohlen und am 4. November in Berlin für 25.000 Mark Pelzwaren und Felle. Auch der Radioapparat stammte aus einem Einbruch in Berlin, bei dem für mehrere tausend Mark Radioapparate gestohlen worden sind. Conje witterte, daß man sich auf seiner Spur befindet und er einzuweichen aus seiner Wohnung verschwand.

Bauchanz verboten. Kemal Pascha hat durch Verordnung den Bauchanz in der Türkei bei Justizhausstrafe verboten. Damit schwindet ein weiteres Stück orientalischen Lebens. Das Verbot hängt mit dem Bestreben Kemal Paschas zusammen, die Türkei dem europäischen Sitten zu erschließen. Nach Auffassung der türkischen Zensur hat der Bauchanz der türkischen Zensur in den Augen der Westeuropäer lächerlich gemacht.

Liebestragödie in der Autowerkstatt. In Strahnsdorf bei Berlin wurden am Dienstag morgen in einer Auto-Reparaturwerkstatt ein 21jähriger, dort beschäftigter Schlosser und die 18-jährige Tochter eines benachbarten Bäckermeisters tot aufgefunden. Der Tod ist durch Gas oder Kohlenoxyd eingetreten. Auch der Hund des jungen Mannes war verendet. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, ob es sich um einen Unglücksfall oder um einen gemeinsamen Selbstmord handelt. Das Mädchen hatte erst gegen 9 Uhr abends mit zwei Freundinnen die elterliche Wohnung verlassen, ohne wieder zurückzukehren.

Der Titel des Königs von England. Das für die Angelegenheiten des englischen Königreiches zuständige Inter-Imperial Relations Committee hat den Beschluß gefaßt, den Titel des Königs von England abzuändern. Die Stelle: König „of the United Kingdom“ entfällt, dafür heißt es jetzt: George V., von Gottes Gnaden König von Großbritannien, Irland und den Britischen Dominionen — also die Stelle „von Gottes Gnaden“ (so the Grace of God) bleibt auch fernerhin in England aufrecht.

Die Rot der englischen Bergarbeiter. „Daily Herald“ schreibt: „Die Rot ist noch lange nicht gebannt, wenn auch die Arbeiten aufgenommen werden. Die bloßfüßigen Kinder rufen noch immer nach Hilfe. Die Tragödie der Kohlenarbeiter ist noch immer vorhanden, dringende Hilfe ist notwendig. Unterstütze daher das Frauenkomitee zur Vinderung der Rot der englischen Bergleute.“

Kleinigkeiten vom spanischen Reisetag.

I.

An der spanischen Grenze, vor dem Betreten des Landes, muß alles aussteigen und in den neuen Zug übersiedeln. Nicht nur der — mit allen Raffinements und Grausamkeiten ins Werk gesetzte — Zollkassierer zuliebe, sondern weil die spanische Eisenbahn eine größere Sparsamkeit hat und die französischen Wagen auf den spanischen Geleisen nicht fahren können. Dieses Umsteigen ist gewissermaßen ein Symbol: jetzt kommt etwas ganz anderes. Auch die Eisenbahn ist anders. Zunächst der Fahrplan. Der Guia per los carroceros ist das reinste Räselbuch. Eine Streckenkarte ist zwar vorhanden, aber zur Vereinfachung der Sache fehlen die Nummern. Wer also nicht alle Einzelheiten der spanischen Landkarte im Kopf hat, für den ist das Zusammenstellen einer Reiseroute eine Art „Patience“. Manchmal „geht's auf“ und manchmal nicht. Du willst z. B. von Madrid nach Zarafossa. Du suchst bei „M.“ — nichts. Du suchst bei „J.“ — ebenfalls nichts. Eine Bahnlinie ist unzweifelhaft vorhanden, denn sie ist auf dem Plan eingezeichnet. Also begibst du dich auf die Wanderschaft. Eine blätterig geduldig in der Gegend „Zarafossa“ des „Guia“ solange herum, bis dich ein angenehmer Zufall zur Linie Madrid-Barcelona führt. Dort findet sich sogar ein wirkliches und wahrhaftiger Schnellzug, der manchmal an ein paar Stationen vorbeifährt, wie denn ein brauchbare Verbindungen überhaupt nur von Madrid bestehen. Auf der andalusischen Bahn läßt sich der Reisende in Geduld. Wir hatten in unserm „Voranschlag“ der Fahrt Alicante-Granada (412 Kilometer) großmütig einen vollen Tag eingeplant. Aber wir hatten die Bahn überschätzt. Man kann nämlich die Strecke nicht

ohne Unterbrechung fahren, denn der Zug geht von Murcia etwa eine halbe Stunde früher ab als der Zug von Alicante eintrifft. Nun erfolgt ja die Abfahrt nicht so ganz pünktlich, aber da die Ankunft ebensowenig pünktlich erfolgt. — Von Murcia „nach Granada“ (336 Kilometer) braucht man 15 Stunden (fahrplanmäßig). Gelegentlich verfällt der Zug in sanftes Träumen und an Stationen, die weder Knotenpunkte noch größere Ortschaften bedeuten, sind 30, 50, 68 Minuten Aufenthalt. Aber kaum ist man ausgeflogen, um ein bißchen Bewegung zu machen, erübt die Glode und: Señores viajeros al tren (Stungemäß: Einsteigen!). Erfrischst flatterst man an den Rollen und sitzt dann noch eine halbe Stunde im stehenden Wagen. Sitzt und hungert. Denn fast nirgends wird etwas Ess- oder Trinkbares angeboten, weder Obst, noch Getreide, noch Wein. Erdenst man im Büffet ein Mineralwasser und einen „hambre“ (Aufschnitt), so ist das Wasser nicht gefäht und der Aufschnitt besteht aus einem ungeheuren Stück Weißbrot mit einem winzigen Schnittchen intensiv geknoblauchter Butter. Die Sache wäre also ganz trostlos, wenn sich nicht fast in jedem Wagen eine brave Señora mit einem Algarrozo fände, mit einem jener großen weißen Tontöpfe, in denen sich das Wasser so köstlich frisch erhält und aus dem das ganze Abteil getränkt wird. Das ist durchaus nicht unappetitlich, da es jedermann versteht, aus dem Algarrozo zu trinken, ohne die Deffnung mit den Lippen zu berühren, indem er das Wasser in dünnem Strahl in den Mund laufen läßt.

Die guten Damen mit den Wasserkrügen haben uns mehrmals vor dem Verdürsten gerettet. Auch vor dem Hungertod waren sie und alle Mitreisenden bereit uns zu bewahren, indem sie uns unanfechtlich von allen Speisen, die sie mit sich führten, ausboten. Kein Sardellen-schwanz wird in einem spanischen Eisenbahnwagen verpeißt, ohne daß die Aufforderung ergeht: Gusta usted? Ist's gefällig? worauf man

als artiger Mensch mit einem: muchas gracias, cho aprovecho (besten Dank, wohl bekom'n) abzulehnen hat. Wenn aber diese Einladung zu meist nur eine Formalität ist, so ist das Tabakangebot ernst genug. Man wechselt ein paar Worte mit einem Gegenüberstehenden, stugt lang er in die Rosttasche, fischt eine Handvoll grobgeschmittenen, pechschwarzen Tabak hervor, den er als aufmerksamer Gastgeber noch sorgsam zwischen den Fingern zerdrösel, ehe er ihn in das von dem Bewirteten aufgehaltene Zigarettenpapier füllt. Da heißt es dann rauchen, mag es schmecken oder nicht, eine Ablehnung wäre eine grobe Beleidigung. Es wird denn auch unaufhörlich geraucht in der spanischen Eisenbahn, und — selbstverständlich — dementsprechend gespuckt, mit Liebe, Eifer und Hingabe.

Aber was dieser Rauchzwang auch mitunter sehr lästig sein, so wundert er schließlich doch nur in der wohlwollenden und freundschaftlichen Stimmung der Mitreisenden. Denn wenn man von der spanischen Eisenbahn alles nur erdenkliche Schlemche fagen mag, vom spanischen Reisepublikum läßt sich wirklich nur das Allerbeste fagen. Selbstverständlich kann ich nur das Publikum der dritten Klasse. Man hat uns zwar in Wien versichert, man „kann“ in Spanien nicht dritter Klasse fahren, es sei „ganz unmöglich“, aber ich kann nur die Gegengewissung geben, daß man nicht eher fahren „kann“ — es ist viel zu teuer. (Zweite Klasse kommt kaum in Betracht, da viele Züge, namentlich im Süden, nur 1. und 3. fahren.) Die dritte Klasse ist stellenweise noch ein bißchen schmutziger als bei uns, hat keine Gepäckträger und keine „excusados“ (Aborte). Aber das fehlt bei den „Andaluses“ (der andalusischen Eisenbahn), soviel ich sehen konnte auch oft genug bei „n“ vornehmen Erstklassen-Wagen, und wenn eine kleine Affenart (so hieß das 18 Monate alte Töchterchen eines Landarbeiters, das abwechselnd aus der Mutterbrust und der Trinkflasche trank) ihren natürlichen Trieben freien Lauf läßt, so weiß ich durchaus nicht, ob der vornehme Erstklassen-Wagen

Volkswirtschaft. Eine Reichskonferenz der Betriebsauschüsse der Textilindustrie.

Weder ein kommunistischer Schwindel.

Eine Reichskonferenz der Betriebsauschüsse der Textilindustrie, der 1. der neuen kommunistische Schlag, den die moskowsischen Gewerkschaftspalier und „Einheitsfront“-Schwindler den Textilarbeitern in der Tschechoslowakei jetzt aufstischen. Die Sache geht diesmal von Brünn aus, wo am 9. November eine Versammlung der Betriebsauschüsse der Brünnner Textilbetriebe stattfand, die sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Brünnner Textilbetrieben beschäftigte.

In dieser Versammlung wurde auf einmal ein von kommunistischer Seite vorbereiteter Antrag auf Einberufung einer Reichskonferenz der Betriebsauschüsse der Textilindustrie eingebracht und zur Abstimmung gebracht. Die kommunistische Presse berichtet nun, daß dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden sei, was jedoch nicht zutrifft, denn, nach dem Bericht im „Bravo Vida“ vom 11. November l. J. haben nicht einmal die kommunistischen Vertrauensmänner für denselben gestimmt, und es ist auch die hinterlistige Art, mit der man diese Versammlung kommunistischerseits für diesen Schwindelantrag mißbrauchte, öffentlich gebrandmarkt worden.

Die ganze Sache ist, wie schon dargestellt, wieder nichts anderes als ein ganz plumpe Manöver, arrangiert, um daraus wieder eine Hetzkampagne abzuleiten gegen die freien Gewerkschaften, welche die Teilnahme an dieser Schwindelaktion ablehnen. Man schafft wieder einen Anlaß, um in den Augen der Arbeiter die „Reformisten“ wieder einmal als Feinde der Einheitsfront „entlarven“ zu können.

Auch der Reichsberger „Vorwärts“ vom 12. November l. J. macht für diese Reichskonferenz in großen Fettern Reklame und stellt die Sache mit dem Brünnner Antrage dar als eine einmütige Kundgebung aller auf der Brünnner Versammlung anwesenden Betriebsauschüsse ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftsrichtung. Das ist eine bewußte Entstellung der Tatsache, eine Entstellung, welche sich aus dem Brünnner Kommunistenblatt „Kobolts“ schonig gemacht hat, wiewegen letzteres Blatt vom Brünnner kommunistischen Parteisekretär stark kritisiert wurde.

Für die der Union der Textilarbeiter angehörenden Betriebsauschüßmitglieder ist, wie wir dem Fachblatt der Textilarbeiter entnehmen, damit die Richtlinien für ihr Verhalten gegenüber der kommunistischen Aufforderung zur Teilnahme an dieser Betriebsauschüßkonferenz schon gegeben. Die „Union der Textilarbeiter“ hat mit dieser Aktion nichts zu tun und auch die anderen sozialistischen Organisationen lehnen die Beteiligung daran ab. Dieser Kongreß ist gar nicht in der Lage, auch nur im geringsten auf eine Verränderung der gegenwärtigen Situation in der tschechoslowakischen Textilindustrie Einfluß zu nehmen, sondern er soll nur propagandistischen Zwecken der kommunistischen Partei und deren Gewerkschaften dienen. Für solche Zwecke werden sich die der Union angehörenden Mitglieder nicht als Sockage mißbrauchen lassen. Die Veranstaltung dieser Kundgebung stellt sich lediglich dar als ein Abklatsch des von den Kommunisten ununterbrochen betriebenen „Einheitsfront“-Schwindels, den jeder klar denkende Arbeiter längst durchschaut hat.

Der Zusammenbruch der Deutschen Bank in Reichenberg.

Eine deutsche sozialdemokratische Interpellation.

Zum Jahre 1921 wurde in Reichenberg die „Deutsche Bank in der Tschechoslowakei“ gegründet, und zwar, nachdem vergebens um die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft angefragt worden war, in der Form einer Genossenschaft. Bereits Ende 1922 wurde der Stand des Unternehmens ein so ungünstiger, daß eine Fusion mit der „Kreditanstalt der Deutschen“ angestrebt wurde. Im Zuge der Verhandlungen stellte sich die Lage so: „Deutsche Bank“ als trostlos heraus, so daß die Fusion abgelehnt wurde. Im Jahre 1923 sah sich der Verwaltungsrat endlich gezwungen, den Anschlag anzumelden, wobei er die Passiven mit 14.195.000 K angab. Die Ausgleichsbilanz hat ergeben, daß sie weit höher waren und mehr als 19,5 Millionen betragen.

Dieser rasche Zusammenbruch der Deutschen Bank ist ausschließlich auf Verschulden der Verwaltungsräte und der leitenden Beamten zurückzuführen. Das Unternehmen wurde in einem Maße ausgebaut, daß es mit seiner finanziellen Grundlage absolut nicht im Einklang stand. Im finanziellen Jahresbericht „Kompak“ für das Jahr 1922 wird ein Kapital von 2.700.000 K angegeben, in Wirklichkeit waren aber Ende 1922 an Genossenschaftsanteilen nur etwa 3.300.000 K eingezahlt. Trotzdem wurden in Reichenberg und Teplitz eigene Häuser mit einem Wert von 2.700.000 K verbauert, zudem man dazu die sogenannten Gründungsspeisen, welche nicht weniger als 800.000 K ausmachten, so ergab sich, daß schon diese drei Posten höher sind als der eingezahlte Kapital. Auch der Beamtenapparat war weitläufiger, als es dem Geschäftsumfange des Unternehmens entsprachen hätte. Dazu kam eine beispiellose Verschwendung der Buchhaltung, namentlich in der Hauptkassette, aber auch in einzelnen Filialen. Während des ganzen Bestandes der Bank ist überhaupt nie eine Bilanz aufgestellt worden. Ein weiterer schwerer Mangel, der die Verluste der Bank weitausgehend vergrößert hatte, waren die Spekulationsgeschäfte der Agenten, welche diese mit Wissen und Duldung des Verwaltungsrates mit vorgefahrenen Geldern der Bank machten. Namentlich einzelne Filialleiter haben durch solche Spekulationen das eigene Institut schwer geschädigt. Es ist klar, daß nicht nur die leitenden Beamten, sondern vor allem die Mitglieder des Verwaltungsrates und des Aufsichtsrates, welche die ihnen obliegende Pflicht der Leitung, Überwachung und Beaufsichtigung in geradezu erschreckender Weise vernachlässigt haben, für das katastrophale Ergebnis verantwortlich gemacht werden müssen. Es hat deshalb auch die Staatsanwaltschaft in Reichenberg gegen die Verwaltungsräte und Aufsichtsräte sowie gegen die leitenden Beamten, insgesamt 30 Personen, die Anklage wegen fahrlässiger Arbid erhoben, welche bereits im Juli vorigen Jahres rechtskräftig wurde.

Die Gläubiger der Deutschen Bank sind durch diesen Zusammenbruch auf das schwerste geschädigt worden. Es befanden sich unter diesen Gläubigern neben 95 gemeinnützigen Unternehmungen mit Forderungen im Gesamtbetrag von etwa 7 1/2 Millionen und 17 Spar- und Verschönungsvereine, deren Forderungen etwa 3 Millionen ausmachten vor allem 1984 Sparvereinen, fast ausschließlich der unbemittelten Bevölkerung angehörig Personen, welche ihre Einlagen von rund 10.478.000 K nahezu vollständig verlieren. Das Kuratorium des Sparvereinsfonds nach dem Gesetze vom 9. Oktober 1924, Nr. 237, Zp.

d. G. u. B., macht die Forderung eines entsprechenden Vertrages an die leitende Bank davon abhängig, daß die schuldrückende Verwaltungsräte nach Maßgabe ihres Vermögens zur Schuldentilgung mit herangezogen werde. Da es sich dabei durchwegs um wohlhabende Leute handelt, ist diese Bedingung begründet. Die Voraussetzung dafür ist aber, daß das Strafverfahren endlich dem Abschlusse zugeführt wird. Daß dies nicht geschehen ist, obwohl die Anklageschrift seit mehr als einem Jahr eingebracht worden ist, hat in der durch den Zusammenbruch betroffenen Bevölkerung große Misstimmung hervorgerufen und den Verdacht erweckt, daß bei der Verschleppung des Strafverfahrens politische Einflüsse im Spiele seien. Gerade unter diesen Umständen war es im eigenen Interesse der Justizverwaltung gelegen, wenn sie für die Beschleunigung des Verfahrens Sorge trüge. Die Regierung hat aber auch die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß der Schaden von den Einlegern, soweit sie aus mittellosen Personen oder aus gemeinnützigen Institutionen bestehen, abgewendet und wenigstens gemildert wird.

Diese Verhältnisse haben nun Abg. Gen. Koberer in einer Interpellation an die Regierung dargestellt und hierbei angefragt:

Ist die Regierung gewillt, dafür Sorge zu tragen, daß unvorzweifelhaft dem im Zuge befindlichen Strafverfahren gegen die am Zusammenbruch der Deutschen Bank schuldigen Personen von den Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Oktober 1924, Nr. 237, Zp. d. G. u. B. zugunsten mittelloser oder gemeinnütziger Einleger der Deutschen Gebrauch gemacht wird?

Kunst und Wissen.

Das Bohnen-Gastspiel verschoben. Michael Bohnen hat der Direktion mitgeteilt, daß er infolge einer heftigen Indisposition genötigt sieht, sein für den 8. und 9. Dezember angeordnetes Gastspiel auf den Monat Jänner zu verschieben.

Sperre über das Carltheater in Wien. Der Oesterreichische Bühnenverein hat über das Carltheater die Sperre verhängt. Die Anwesenheit wurde bei der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Internationalen Union der Bühnengestaltung in Prag am 11. November d. J. zur Diskussion gestellt und die Internationale Union der Bühnengestaltung hat sich dem Sperrbeschlusse angeschlossen. Von diesem Sperrbeschlusse wird ein Operettengastspiel in tschechischer Sprache das von dem tschechischen Theater in Olmütz im Carltheater veranstaltet wird, nicht betroffen. Außer diesem noch bevorstehenden Gastspiele dürfen andere Gastspiele im Carltheater von keiner der Union angehörenden Schauspielergesellschaft gemacht werden. Ebenso ist es verboten, Engagement- oder Einlageverträge mit dem Carltheater zu tätigen. Die Verhängung der Sperre hat folgende Gründe: Gegen die Direktorin Eibenschütz werden seit zwei Jahren unzahlige Prozesse des gesamten Personal wegen rückständiger Sagen geführt. Alle diese Prozesse sind rechtskräftig gewonnen worden. Einmal hat Frau Eibenschütz die rückständigen Sagenforderungen durch eine Quote von 15 Prozent ausgleichend. Das zweite Mal kam es zu keinem Ausgleich, doch konnte der Konkurs nicht verhängt werden, weil nach Feststellung der Konkursbehörde keine Konkursmasse vorhanden war. Daraus geht hervor, daß Frau Eibenschütz finanziell unzuverlässig ist und daß mit ihr Verträge nicht getätigt werden sollen. Nun will sie das Theater von Zeit zu Zeit in Subpacht an verschiedene Theaterunternehmungen abgeben. Da in Wien aber in allen Theater ganzjährige Spielzeiten bestehen, würde jedes kurzfristige Gastspiel am Carltheater eine Durchbrechung dieses

Weges an den Wiener Bühnen bedeuten. Dagegen kommt, daß die Unternehmer der übrigen Theater nicht mit Unrecht erklären, sie sind bereit, die Kosten des ganzjährigen Vertrages auf sich zu nehmen, wenn diese Kosten von allen Theaterunternehmungen in Wien getragen werden. Die Ausnahmeleistung des Carltheaters als Gastspieltheater würde die Theaterdirektoren in Wien also in die Lage setzen, sich von den Verpflichtungen des Kollektivvertrages zu befreien. Die Ganzjährigkeit der Engagementsverträge an den Wiener Theatern ist demnach durch die Absichten der Frau Eibenschütz auf das höchste gefährdet.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
Freitag, 7 1/2 Uhr: „Der große Bluff“ (21-1).
— Samstag, 7 1/2 Uhr, Festvorstellung zugunsten des Deutschen Theatervereins: Ensemblegastspiel des Wiener Staatsoperballetts.
— Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr, Arbeitermehrwortspiel, Gastsp. Leop. Kramer: „Rathen der Weisse“; 7 Uhr, Uraufführung: „Ich und Du“.
— Montag, 7 1/2 Uhr, Beechoven-Fest: Philharmonisches Konzert.

Kleine Bühne. Freitag, Kulturverbandvorstellung, Gastsp. Gopi Wächter-Kramer: „Frau Warrens Gewerbe“.
— Samstag: „Reiner Tisch“.
— Sonntag, 8 Uhr: „Kopf oder Schwanz“; 7 1/2 Uhr, neuinstudiert: „College Crampson“.
— Montag Bankbeamtenvorst.: „Der große Bluff“

Der Film.

Noch einmal Potemkin. Das Ministerium für die Slowakei in Bratislava hat die öffentliche Vorführung des Filmes „Panzerkreuzer Potemkin“ für das Gebiet der Slowakei verboten. Begründung: „Es besteht die Befürchtung, die Vorstellungen könnten von unzufriedenheitsvollen Elementen in Ausführeitungen mißbraucht werden, wie es anderwärts geschehen ist.“ Auf gut Deutsch heißt das: Die Staatsgewalt zittert in dieser freien Republik nicht so weit, um einer Gruppe unverantwortlicher faskistischer Deper das Handwerk zu legen.

Viel Lärm um Liebe. Ein Roman von A. W. Frey, wird in Berlin verfilmt werden.

Handschellen aus Diamanten betitelt sich der nächste Max Murray-Film. Daran wäre ja weiter nichts anzufügen, aber jedenfalls interessant ist die Behauptung, daß den Mittelpunkt der Handlung das Leben eines Luxusgutes der Karl Lauenburg bildet.

John Gilberts neuer Film heißt „Der Tag der Seelen“. Seine Partnerin ist Renée Adorée, also dieselbe Besetzung wie in dem herrlichen Anti-Kriegsfilm „Die große Parade“, den wir erst unlängst besprochen haben.

Kinokapitalismus. Ein New Yorker Börsenblatt schätzt die Netto-Einnahmen der Famous Players Lasky Corporation für das Jahr 1926 auf rund 65 Millionen Dollar (etwa 21 Millionen K). Der Gewinn des vorhergehenden Jahres betrug 5.718.058 Dollar, so daß eine Erhöhung von fast einer Million zu erwarten ist.

Willy Frisch geht nach Amerika. Die Europa-Film macht sich immer drückender fühlbar. Wieder ein deutscher Schauspieler, der noch einen guten Ruf auch außerhalb der Grenzen genießt, der sympathische Willy Frisch, der Prinzgemahl aus dem „Walzertraum“, wurde von den United Artists nach Amerika engagiert.

Neues aus Rußland. Sow-Kino dreht unter der Regie von A. Dubrowsky den Film „Gart“, der das Familienleben in den russischen Arbeiterkreisen behandelt. — Der Roman „Der Sprung ins Ungewisse“ von Leo Perutz wird von der Wiska auf die Leinwand gebracht werden. — Unter der Regie von Protasoff

entsteht ein neuer Moskwin-Film mit dem Titel „Der Mann aus dem Restaurant“. Man hat den genialen Künstler noch aus dem „Postmeister“ nach A. Puschkin in guter Erinnerung.

Arthur Landbergers Roman „Die Villa im Tiergarten“ wird mit der Tänzerin Eise Kräger in der Hauptrolle in Berlin verfilmt werden.

Die große Parade, der erschütternde Kriegs-Kriegsfilm, läuft in seiner Premierenshow am New Yorker Broadway bereits die 51. Woche.

Literatur.

Karl Bröger: Das Buch vom Eppel. Eine Schelmen- und Räuberchronik aus Franken (H. v. D. Diez Nachfolger, Berlin). Dem berühmten Nürnberger wird neben vielen denkwürdigen und merkwürdigen Taten, Klagen und Geschichten auch im Burghof die Stelle gezeigt, an der Eppel von Gailingen mit seinem Hapen über die Köpfe und Lanzen der Eberger hinweg ins Freie lech. Es muß ein gewaltiger Don gewesen sein, den das Roh des übermütigen Ritters über Mauer und Burggraben wachte, es grüßte einen oedallisch bei der Vorstellung und man freut sich nach Jahrzehnten wohl des süßen Streiches des Eppels, der den Nürnberger Pfeffersäcken diesen Streich spielte und ihren Schimpf in dem geflügelten Wort verewigte: „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn“. Karl Bröger, der Nürnberger Arbeiterdichter, hat nun den Versuch unternommen, Leben und Schicksale des berühmten Wälders seiner fränkischen Vaterstadt in einer Schelmen- und Räuberchronik dichterisch zu gestalten. Der Versuch ist Bröger vollkommen gelungen. In der Anekdote an den Chronikstil findet die stark lyrische Prosa des Dichters seine Formen. Das Buch will keineswegs ein Roman sein, es stellt sich aber spannend und unterhaltend wie eine freie Erzählung. Bröger ist mit dem Herzen bei der Sache, er liebt diesen Erzähler, der den Nürnberger so viele Mäkel aufzählt, die Kaufherren und Patrizier arg in die Enge trieb, aber der armen Bauernklasse treuer Freund und Beschützer war, ein Vorkämpfer jener armen Ritter, die in den Bauernkriegen an der Seite des gemeinen Mannes kämpften und fielen. Wir leben in Brögers lustiger Chronik den Eppel heranwachsen und lassen herzlich über die Streiche, die er dem Burgpfaffen Nido willt, wir folgen dem Knappen auf die Burg des Helfenbergers und nach Nürnberg, wo er sich in die schöne Katoherntochter Agnes Jevelin verliebt. Die Ablehnung seiner Werbung ist der erste Grund zur Feindschaft mit den Nürnbergnern, die Eppels Leben und auch Brögers Chronik zum größten Teil füllt. Durch waghalsige Abenteuer und süßen Schelmenstücke folgen wir dem Gailinger bis zum Neumarkt Puchgericht, auf dem das Haupt des Siebzehnjährigen endlich doch die Peute des Scharfrichters wird. Über der Dichtung liegt jene Stimmung sonnigen Humors und behaglicher Lebensbejahung, die man in Brögers Legenden lieben lernte.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehnert
Für den Druck verantwortlich: O. Holl
• Druck: Deutsche Verlags-A.G. Prag

KINO-PROGRAMM

Vom 26. November bis 2. Dezember 1926

Wran Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag. Tel. 45130
„Försterchristel“ in der Hauptrolle: Lia Mara u. Harry Liedtke.

LIDO BLO
„Er“ als Mädchenverführer.“
In der Hauptrolle Harold Lloyd.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, Prag-Melazanta.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Tägliche Konzerte PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Pochova 27.
Unser Stammtisch.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT
Gesellschaft m. beschr. Haft

empfehlen sich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Faltarten, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU
Tischlergasse Nr. 6.

Kleine Chronik.

Kinderspiele und Kindercharakter.

Nicht die Unterrichtsstunden sind maßgebend für das Studium der Kinderseele, sondern jene freien Augenblicke, in denen das Kind, jedem Zwange entzogen, seinen wirklichen Charakter und seine Persönlichkeit entfalten kann. Aus dem Wesen, das das Kind zur Schau trägt, wenn es sich frei und unbehindert herumtummeln kann, sind wertvolle Schlüsse auf den späteren Charakter des Mannes oder der Frau möglich, die man jetzt noch in verkleinertem Ausmaß vor sich sieht. Dann wird es auch nicht allzu viel Mühe kosten, zu erkennen, wo der Hebel zur richtigen, individuellen Erziehung anzusetzen ist. Im Spiele zeigen sich die besten und besten Eigenschaften des Kindes; man kann ganz deutlich energische, kühne, beherrschende und eingebildete Kinder unterscheiden. Jener Knabe hat eine herrliche Natur, dieser wieder ein Knäuel; der dritte ist verschlagen und weiß seine Vorteile gut auszunutzen. Dieses kleine Mädchen ist eine Kokette, und jenes drückt sich kummerlos in die Ecke. Mit einem Worte: das Spiel vermag alle guten und schlechten Instinkte des Kindes zu erwecken und dem Psychologen mit untrüglicher Gewissheit die künftigen Eigenschaften des Kindes zu ermitteln.

So ist Müttern und Erziehern Gelegenheit gegeben, den Charakter ihrer Kinder nicht allzu schwer kennen zu lernen. Sagt sie nicht fort, „Die Mütter, wenn sie spielen wollen, und spricht nicht, wie selber manche Mütter es tun: „Was, was du willst, aber daß ich dich nicht habe!“ Es genügt nicht, zu ermahnen: „Zieh nicht aufs Hecker!“ oder „Nimm keine Schere in die Hand!“ Alle diese Worte sind ein Zeichen von Bequemlichkeit und höchstem Egoismus und werden nie zu einem wirklichen Erfolge in der Erziehung des Kindes führen können. Ihr

müht eure Kinder in den Augenblicken ihres freien Eigensiebens studieren, das am meisten im Spiele zur Geltung kommt! Erst wenn Ihr die Fehler eurer Kinder kennt, wißt Ihr, wo Ihr mit der Erziehung beginnen sollt!

Teufel ist auch besondere Vorsicht in der Wahl der Kinderspiele am Plage. Für kleine Mädchen eignen sich vor allem solche Spiele, die ihre mütterlichen und hauswirtschaftlichen Instinkte erwecken, für Knaben Konstruktionsspiele von Motoren, Bauern usw. Jedemfalls sind immer solche Spiele zu wählen; die das keine Wesen auf sein künftiges Leben „spielend“ vorbereiten können. Zu vermeiden sind solche Spiele, die die Gewinnlust und Spekulation des Kindes erwecken, z. B. Kartenspiele mit oder ohne Geld. Ebenso muß man Kinder von gewalttätigen Spielen fernhalten. Hat ein Kind einmal seiner Puppe das Gesicht geschlagen oder die Augen ausgezwickelt, so fehlt nicht allzu viel, daß es bei nächster Gelegenheit ähnliche gewalttätige Instinkte auch an seinem Brüdern oder Spielkameraden auszubüben sucht. Erst vor gar nicht allzu langer Zeit ging die Mitteilung durch die Presse, daß Kinder „Aufhängen“ gespielt und dabei einen Spielkameraden erdrosselt haben. Die verwerflichen Spielzeuge aber sind Gewehr, Kanonen und Bleiwadern. Der solches Spielzeug noch in die Kinderhände trägt, hat wahrlich längst all das Furchtbare vergessen, das der Krieg uns als Andenken hinterlassen hat. Die Geborgenheit solcher der Eltern und die psychologische Wirkung des Kriegsspiels der Kinder hat der Dichter Bernhard Frank in seiner Novelle „Der Vater“ sehr eindringlich geschildert. Die Eltern, die ihrer Kinder Gewalt und Herrschaft lehren, vergessen immer, daß es noch „Zwicker“ gibt, die die „Starken“ besiegen.

Wenn sich die Eltern alle diese Momente vor Augen halten, so ist sie — wie gerade jetzt in der Weihnachtszeit — für ihre Kinder Spielzeug ein-

kaufen gehen, so werden sie sich selbst die Erziehung ihrer Kinder bedeutend erleichtern. Die Kinderseele enthält viele Eigenschaften, die man nur schwer erkennt und oft gar nicht in ihr vermutet, und die sich in späterer Zeit um so schneller und ungezügelter entfalten, je weniger sich die Eltern bemühen, frühzeitig in das Wesen des Kindes einzudringen, um die bösen Instinkte im Keime zu erlösen. Diejenigen Eltern, die es verstehen, die Seele ihres Kindes zu ergründen, weil ihnen nie die Liebe und Geduld fehlt, ihren Kindern die notwendige Zeit und Aufmerksamkeit zu widmen, werden aus ihren Kindern tüchtige, gute Menschen machen, denen es gar nicht schwer fallen wird, auch ihre eigenen Kinder wieder mit der gleichen Sorgfalt und Güte zu erziehen, die man ihnen selbst in ihrer Kindheit hat angedeihen lassen.

Reform des Eherechts in China. Bis vor kurzem gab es in China überhaupt keine gesetzliche Eheverbindung. Der Ehemann hatte das Recht, seine Frau einfach zu verlassen. Als Grund hierfür genügt es bereits, wenn die Frau dem Gatten keinen männlichen Nachkommen schenkte oder sich nicht mit den Schwiegereltern vertrat. Jetzt wird versucht, die Rechte der chinesischen Frau in der Eheverbindung dem europäischen Recht anzupassen. Man hat auch bereits eine eigene Rechtschule für Frauen in Shanghai gegründet. Für den Fortschritt der Frauenemancipation in China zeigt es ferner, daß es in diesem Lande zahlreiche weibliche Schriftsteller gibt, und daß ein chinesisches Handelshaus ganz von Frauen geleitet wird.

Die Fürsorge der australischen Arbeiter-Regierung. Für 5 Cent Bodenzahlung sichert die australische Regierung jedem Arbeiter das Besitzrecht auf ein eigenes Haus zu, das im Falle seines Ablebens auf die Witwe übergeht.